Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg. vierteljährlich 1,00 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 44 | Danzig, Sonnabend den 3. November 1917 | 8. Jahrgang

Das Manifest von Stockholm

Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hat in einem Manifest an die Sozialisten aller Länder vom 10. Oktober den Vorschlag eines Verständigungsfriedens gemacht. Kritische Stimmen, die gleich hinterher durch ein Stockholmer Telegramm laut werden, weisen bereits auf die Gefahr hin, daß durch die Durchschnittsformel die Differenzen zwischen den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder nur noch unterstrichen werden. Der Enttäuschung breiter Arbeiterkreise über diesen Schluß des ersten Abschnittes von Stockholm wird dadurch sicherlich nicht vorgebeugt. So steht es in der Tat. Wenn das holländisch-skandinavische Komitee die wichtigste Frage, nämlich wie die Friedensaktion durchgeführt werden soll, unbeantwortet lassen mußte, so hätte es sich die Mühe, dieses Verständigungsprogramm aufzustellen, auch sparen können. Mindestens hätte es nicht durch Einzelbehandlung des ganzen Sammelsuriums nationaler Fragen, die der Weltkrieg aufgerollt hat, einen Anlaß zu neuen Irrungen und Wirrungen geben sollen. Da nun aber das Manifest einmal mit dieser Fracht belastet Stockholm verlassen hat, müssen wir uns mit ihm auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung wird allerdings dadurch erleichtert, daß der Ton, in dem das Manifest gehalten, ein durchaus versöhnlicher, von der besten Absicht beseelter ist. In seinem allgemeinen Teil wird ausgeführt:

„Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hat seine, den Parteien der neutralen Länder angehörenden Mitglieder beauftragt, als Konklusion der ihm von den verschiedenen Parteien eingereichten Denkschriften und im Hinblick auf die Diskussion auf der allgemeinen Konferenz einen Vorschlag in konkreten Formeln auszuarbeiten, der die Zustimmung der verschiedenen sozialistischen Organisationen zu finden und als Grundlage für die Friedensverhandlungen zu dienen vermöchte.

Auf diese Art entschlossen sich die Delegationen der sozialistischen Parteien Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Hollands, die Verantwortung für die nachstehenden Vorschläge zu übernehmen, von dem Gedanken geleitet, dazu beizutragen, daß einem Krieg, der Europa vollständig zugrunde zu richten und das Geschlecht von heute und morgen für ein Jahrhundert an der Wurzel zu treffen droht, in kürzester Frist ein Ende gemacht werde. Sie legen Ihnen gleichzeitig eine ausführlich erläuternde Denkschrift vor, die den Charakter und die Tendenz ihrer Vorschläge genauer auseinandersetzt.

Die Verfasser des vorliegenden Dokumentes wissen, daß sie keine der kriegführenden Parteien befriedigen werden. Aber sie haben ihre Formel im Gefühl der Verantwortung als Mitglieder der Internationale gewählt, im klaren und festen Bewußtsein von Sozialisten und Menschen, die fühlen, daß die gesamte Menschheit der Schlächterei überdrüssig ist, und daß die Soldaten in den Schützengräben die Initiative aller jener segnen werden, die durch einen Versuch der Vernunft trachten, ihre unverdienten Leiden abzukürzen.

Seit drei Jahren sind ungeheure Armeen an allen Fronten aufgestellt, und in stetem Wechsel folgt dem Sieg von gestern die Niederlage von heute. Frankreich ist nicht zu Boden geworfen und Oesterreich nicht aus den Fugen gegangen. Großbritannien ist immer noch stark und Deutschland nicht weniger mächtig. Aus der Erfahrung dieser drei Kriegsjahre darf man getrost die Folgerung ziehen, daß es weder 1917 noch 1918, noch auch später Sieger oder Besiegte geben wird. Die Völker haben sich für die Industrie des Todes organisiert und sie haben eherne Mauern aufgerichtet, an deren Fuß die Blüte der Jugend zwecklos zugrunde geht.

Es gilt, Europa zu retten!

Der jetzige Krieg hat die Probleme, die den Konflikt geboren haben, nicht gelöst. Er hat noch nichts erreicht, und es ist sehr zweifelhaft, daß er irgend etwas erreicht. Das einzige Gute, das er hervorgebracht hat, ist, daß er es Rußland ermöglicht hat, sich vom Zarismus durch eine Revolution zu befreien, deren Wirkungen um so bedeutender sein werden, je früher der Frieden geschlossen wird. Weiter aber hat die Nichtigkeit der unmittelbaren Ergebnisse des Krieges, zusammen mit der Ungeheuerlichkeit seiner Schrecken das, was gestern eine Utopie war, in eine Notwendigkeit verwandelt: die Errichtung einer internationalen Ordnung.

Der moderne Krieg erscheint nicht mehr als ein Mittel, politische und wirtschaftliche Konflikte zu entscheiden, und die Welt scheint endlich begriffen zu haben, daß an die Stelle des Systems der Gewalt die Herrschaft des Rechtes gesetzt werden muß.

Es ist das Prinzip des Schiedgerichtes und der Vermittlung, in dessen Anwendung künftig die Regelung aller Streitfragen gesucht werden muß. Dieses Prinzip ist einer sofortigen Anwendung fähig unter der Bedingung, daß man eine Politik befolgt, die gleichzeitig die Aufhebung des Protektionismus und des Militarismus — diese zwei Formen des Krieges — zwischen den Völkern anstrebt. Alle Nationen müsse die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen des allgemeinen Interesses wirtschaftlich zu entwickeln, und das Hauptziel der unmittelbare Aktion des Proletariats muß die internationale Abrüstung sein, die durch die Erschöpfung der Staaten und durch die unheilvollen Erfahrungen dieses Krieges notwendig geworden ist.

Wenn die kriegführenden Nationen über diese Hauptpunkte ins Einvernehmen kommen, wird die Gesellschaft der Nationen tatsächlich geschaffen sein. Sie wird in ihren Anfängen keine vollendete Schöpfung sein, aber sie wird in sich notwendig die innere Kraft organischen Wachstums haben. Auf diese Art wird der Frieden den Charakter der Dauer bekommen.

Aus dem hier festgestellten Gleichgewicht der militärischen Kräfte ergibt sich als natürliche Folgerung, daß der kommende Frieden nicht von einem Sieger einem Besiegten auferlegt werden kann. Er wird ein Verständigungsfrieden sein müssen.

Dieser Frieden kann geschlossen werden auf der Grundlage des Status quo ante, mit Korrekturen, die die Probleme lösen, die dem Krieg zugrunde lagen oder Konfliktstoffe geworden sind. Es ist der Frieden ohne Annexionen. Es ist der Frieden ohne Kontributionen. Es ist der Frieden, der den Nationalitäten die Freiheit — oder mindestens die Möglichkeit freier Entwicklung im Rahmen ihres politischen Lebenskreises gibt."

Hätte das Manifest sich mit der Festlegung dieser allgemeinen Grundsätze begnügt und insbesondere den Grundsatz, daß die Lösung nationaler Fragen oder wünschenswerter Grenzregulierungen den Friedensschluß nicht verzögern darf, dadurch bekräftigt, daß es auf diese Fragen jetzt überhaupt nicht eingegangen wäre, so hätte es der Sache des Friedens einen wertvolleren Dienst geleistet als es nun der Fall ist, wo im Anschluß an jene Grundsätze eine lange Reihe allgemeiner und besonderer Bedingungen aufgestellt wird, die so aussehen:

1. Allgemeine Bedingungen.

„Keine Annexionen, das heißt vollständige Räumung aller in Europa und in den Kolonien besetzten Gebiete und Rückgabe dieser Gebiete an den Staat, dem sie vor dem Kriege gehört haben, im Interesse eines dauernden Friedens. Die Durchführung dieses Grundsatzes schließt keineswegs die Möglichkeit des Abschlusses freundschaftlicher Vereinbarungen über Grenzberichtigungen aus, wobei dem Willen der beteiligten Völker Rechnung getragen wird.

Keine Kontributionen! Die Durchführung dieses Grundsatzes schließt nicht die Wiedererstattung von Auflagen und Requisitionen aus, die während des Krieges entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention durchgeführt worden sind. Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete mittelst eines internationalen Fonds, falls dies im Interesse schwer beschädigter Staaten für notwendig erachtet worden ist.

Lösung nationaler Fragen im Sinne der Freiheit der Nationalitäten, internationale Regelung der nationalen Selbstverwaltung, deren Beobachtung durch einen internationalen Gerichtshof werde gesichert werden. Die aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staaten werden in Bundesstaaten umgewandelt werden. Die hauptsächlich von einer bestimmten Nationalität bewohnten Gebiete werden Distrikte bilden, die gegenüber ihrem Bundesstaat in politischer Hinsicht autonom sind, und ihre nationalen Minderheiten werden kulturelle Freiheiten genießen.

Gewährleistung der Arbeiterrechte im Sinne der Entschließungen von Leeds, Stockholm und Bern.

Allgemeine Amnestie für alle Verbrechen und Vergehen politischer Natur, die im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen begangen worden sind.

2. Besondere Bedingungen.

Vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und kulturelle Selbstverwaltung Flanderns und Walloniens, Wiedererstattung aller entgegen dem Völkerrecht durchgeführten Kontributionen und Requisitionen, Schätzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung, deren grundsätzliche Berechtigung von der deutschen Regierung in ihrer am 4. August 1914 abgegebenen Erklärung anerkannt worden ist und die der Beurteilung des Haager Schiedsgerichtshofes wird überlassen werden können.

Lösung der Frage von Elsaß-Lothringen durch Volksabstimmung zu einem nach dem Friedensschluß zu vereinbarenden Zeitpunkt. Diese Volksabstimmung wird einheitlich oder geteilt sein können, das heißt sie wird die Gesamtheit des strittigen Gebiets umfassen oder bezirksweise durchgeführt werden können.

Wiederherstellung eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen mit Montenegro vereinigten und aus einem internationalen Fonds wieder aufgebauten Serbiens. Dieses wird ebenso wie Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Distrikt und zum Hafen von Saloniki haben, die unter die Gerichtsbarkeit der drei Staaten werden gestellt werden. Andererseits wird den Gebietsansprüchen Bulgariens Genüge geleistet werden, indem ihm Ostmazedonien bis zum Wardar zuerkannt wird, der die Verkehrslinie Serbiens mit dem Meere bleiben wird.

Schaffung eines freien, unabhängigen Polens unter Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Entwicklung und Selbstverwaltung der jüdischen Minderheiten und der anderen polnischen Bezirke in Oesterreich und in Deutschland, die eine möglichst weitgehende Autonomie genießen werden.

Territoriale Selbstverwaltung der Nationalitäten Rußlands im Rahmen der bundesstaatlichen Republik unter Gewährleistung der Rechte der Minderheiten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereint ist.

Lösung der böhmischen Frage im Sinne der Vereinigung der Tschechen, die die zu einem Bundesstaat verschmolzenen Distrikte bewohnen, mit Oesterreich-Ungarn, wo die südslawischen Völker in wirtschaftlicher Beziehung vollständige Gleichheit genießen und zu einem einzigen Verwaltungsdistrikt vereinigt sein werden. Die italienischen Gebietsteile Oesterreichs, die nicht an Italien abgetreten würden, werden kulturelle Autonomie genießen.

Politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gleichberechtigung Irlands im Rahmen Großbritanniens.

Freundschaftliche Lösung der Frage Nordschleswigs durch eine Verständigung der beteiligten Staaten auf der Grundlage einer Grenzberichtigung und nach Befragung der Bevölkerung.

Unabhängigkeit und territoriale Wiederherstellung des türkischen Armeniens unter Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Internationale Lösung des Judenproblems; persönliche Autonomie in den Distrikten Rußlands, Oesterreich-Ungarns, Rumäniens und Polens, wo die Juden in geschlossenen Massen leben, und Schutz der jüdischen Kolonisation Palästinas.

Um dem Frieden den Charakter der Dauerhaftigkeit zu geben, werden sich die vertragschließenden Parteien bereit erklären, auf der Grundlage des obligatorischen Schiedsgerichts und der allgemeinen Abrüstung unter Beseitigung jedes wirtschaftlichen Krieges und Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle auf die auswärtige Politik der Gesellschaft der Nationen zu gründen.

Das Manifest schließt dann mit folgenden Sätzen:

„Genossen! Wir unterbreiten Ihnen vertrauensvoll das vorliegende Dokument und wären Ihnen erkenntlich, wenn Sie es Ihren zuständigen Organisationen zur Prüfung übermitteln wollten. Wir ersuchen Sie, uns Ihre Ansicht mit Darlegung der Gründe vor dem 1. Dezember 1917 zugehen zu lassen.

Die dem Organisationskomitee von Stockholm angehörenden Mitglieder der Parteien der neutralen Länder glauben dadurch, daß sie so handeln, wie sie es getan haben, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Sie erwarten von den Sozialisten Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten, daß sie fortfahren, energisch für die Bewilligung der Pässe zu wirken, um die Versammlung der allgemeinen Konferenz zu ermöglichen, deren Initiative ausschließlich der russischen Revolution und den Parteien der neutralen Länder zu danken ist und so den Frieden vorzubereiten. Sie erwarten von den Sozialisten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, daß sie einen ebenso energischen Druck auf ihre Regierungen ausüben, um die Errichtung eines parlamentarischen demokratischen Regimes und die Präzisierung der Kriegsziele durchzusetzen. Sie erwarten von den Sozialisten aller kriegführenden Länder, daß sie den Kampf gegen den Annexionismus und gegen den Imperialismus fortsetzen.

Das Bedürfnis der Völker nach Frieden ist über alle Maßen groß. Wenn der Sozialismus die Bedeutung des Augenblicks begreift, wird er seine tätige Mitarbeit bei der Errichtung des neuen politischen Regimes der Zukunft durchsetzen und sein Werk wird seiner geschichtlichen Aufgabe würdig sein. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Die Sozialdemokraten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns werden der an sie gerichteten Aufforderung, für demokratische Reformen und gegen imperialistische Kriegsziele einzutreten, schon im eigenen Interesse nachkommen. Wie sie dafür bisher schon ihre Kraft eingesetzt haben, und zwar mit immerhin etwas größerem Erfolge als die Sozialisten der feindlichen Länder, die in der Paßfrage nichts und in der Frage der Kriegsziele so gut wie nichts erreicht haben. Aber war es nicht gerade angesichts dieser Tatsache angebracht, festzustellen, daß auch Frankreich, England usw. von wirklicher Demokratie weit entfernt sind und es ebenso nötig wie wir hätten, innerpolitische Reformen durchzusetzen? Bei der Erörterung der Gebietsfragen ist ja das Manifest objektiv genug, Selbständigkeit auch für Irland zu fordern. Aber warum soll die gleiche Bedingung, die auch für die Fremdvölker Rußlands genügen soll, nur für Elsaß-Lothringen nicht genügen?

Doch das sind Fragen, um derentwillen die Einstellung der Feindseligkeiten keinen Tag aufgeschoben zu werden brauchte. Das größte Unglück der Völker ist heute, daß sie in dem Glauben erhalten werden, die Fortsetzung des Krieges sei notwendig, um jenes hohe Ziel der Vermeidung künftiger Kriege und der dauernden Befreiung der Nationen vom Druck des Militarismus zu erreichen. So wird im Namen eines Kampfes gegen den Militarismus der Militarismus erst recht in allen Ländern gezüchtet und die Menschheit immer tiefer in ein Elend gestürzt, aus dem es, wenn es so weiter geht, bald keinen Ausweg mehr geben wird.

Vor dieser Gefahr gilt es, die Menschheit zu erretten! Was das Manifest bietet, sind in der Hauptsache neue Anregungen zur Diskussion nationalistischer Doktorfragen. Was wir brauchen, ist Uebereinstimmung der Völker über den kürzesten Weg zum Frieden.

Die Preußenreiter

Ein Dunkelmännerbrief gegen die Wahlreform

Für den politisch Eingeweihten konnte seit langer Zeit kein Zweifel darüber bestehen, daß die Reaktionäre in Preußen hinter den Kulissen fieberhaft an der Arbeit sind, um der verheißenen Wahlreform doch noch auf irgendeine Weise ein Bein zu stellen. Auf welche Mittel man dabei verfällt, schreibt der „Vorwärts", beweist ein Brief, den ein Mitglied der konservativen Landtagsfraktion an deren Führer Herrn von Heydebrand, gerichtet hat. Da der Brief sich selber als einen „offenen" bezeichnet, so glauben wir der Absicht seines Verfassers nicht zuwider zu handeln, wenn wir ihn hier abdrucken. Er lautet:

Sehr geehrter Herr von Heydebrand!

Bei unserer letzten Aussprache in der Fraktion kon . ich as, was ich Ihnen sagen wollte, nicht vorbringen. Sie werden mir bitte die Gründe, warum es nicht geschah, zu erläutern erlassen.

Ich bitte aber um die Erlaubnis, in einem offenen Brief an unseren verehrten Herrn Vorsitzenden, den ich den Herren Fraktionsmitgliedern zugänglich machen werde, meiner Meinung offenen Ausdruck geben zu dürfen.

Eine Allerhöchste Botschaft hat die allgemeine, gleiche und geheime Wahl versprochen, wir werden mit dieser Tatsache zu rechnen haben, und wir werden einen Weg finden müssen, welcher das Halten des nun einmal gegebenen königlichen Wortes ermöglicht.

Es wird möglich sein, für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus eine Basis zu finden, welche auch die geheime, gleiche und allgemeine Wahl weniger gefährlich macht. M. E. kann dies geschehen, wenn in Preußen die Berufsstände unter sich ihre Vertretung zu wählen haben. Es werden dann alle Berufsarten gerecht im Parlament vertreten sein und niemand wird sagen können, daß diese Art nicht volkstümlich sei. (!) Es wird auch nichts ausmachen, wenn die Landwirte, Lehrer, Geistlichen, Arbeiter usw. geheim und direkt einen ihrer Berufsgenossen zu wählen haben. Wir kommen aber wieder zu einer Art ständischen Vertretung des Volkes, die ohne Zweifel gerechter ist als alle bis jetzt im Gebrauch befindlichen Wahlgrundlagen. Dabei wird das gegebene Versprechen voll eingelöst. (!!!)

Die großen Schwierigkeiten, die in der Ausarbeitung für eine Berufswahl vorhanden sind, verkenne ich nicht, aber m. E. ist dies der einzige Weg, der uns aus dem Kampf herausführen kann. Die Schwierigkeiten werden sich überwinden lassen, weil sie überwunden werden müssen.

Herr von Osten deutete in seiner Rede, wenn ich nicht irre, auf einen ähnlichen Gedanken hin, er unterläßt es aber, näher darauf einzugehen, wohl in der Erwägung, daß die Fraktion so ganz unvorbereitet nicht geeignet sei, sich gleich darüber auszusprechen. Das war auch einer der Gründe, welche mich veranlaßten, fürs erste stillzuschweigen.

Die politische Situation ist so ernst und das ganze Volk verlangt jetzt so dringend, von einer Partei Taten zu sehen, daß die Partei, die jetzt mit positiven Vorschlägen kommt, die Zukunft für sich hat. Eine glatte Ablehnung der in Aussicht gestellten Regierungsvorlage für die geheime Wahl würde gar nichts nützen. Wir müßen das alte Preußen retten. Da richten sich unsere Augen in erster Linie auf Sie, verehrter Herr Heydebrand, da Sie die Fähigkeiten haben, das schwierige Werk zu vollbringen, und all die Jahre unser treuer Führer waren.

Sie werden es verstehen, erst mal mit dem Zentrum und den Nationalliberalen Fühlung zu nehmen, um ein gemeinsames Arbeiten zu ermöglichen. Eine unverbindlich freundschaftliche Einigung mit den Führern der anderen Fraktionen halte ich für absolut notwendig, sobald Ihnen der Weg, auf dem Sie gehen wollen, klar ist, um zu vermeiden, daß die anderen Parteien uns im Stichlassen, wie sie es im Reichstage getan haben. Dann vor allen Dingen im Einvernehmen mit dem neuen Ministerpräsidenten zu bleiben, das dem bisherigen unfreundlichen Standpunkt mit seinem Vorgänger ein Ende macht. Alles unter der Voraussetzung, daß Sie auf dem hier angegebenen Wege gehen wollen, oder vielleicht einen besseren Ausweg gefunden haben. In diesem Falle verzeihen Sie meine Auseinandersetzung, dann gehe ich gerne mit Ihnen. Aber wir müssen nun heraus aus der Verteidigung, in welcher wir uns notgedrungen bisher befanden, und zum Angriff schreiten.

Zum neuen Kanzler habe ich das Vertrauen, daß er als Christ und Preuße mit uns gehen wird, **w e n n e r r i c h t i g v o n u n s a n g e f a ß t w i r d.**

Endlich bemerke ich noch, daß ich eine Reform des Herrenhauses in der von mir angegebenen Weise für durchaus nötig halte. Selbstverständlich unter Beibehaltung des königlichen Berufungsrechtes.

Nun komme ich zum Schluß noch mit einer Bitte. Wollen Sie nicht in ganz Deutschland eine Protestkundgebung gegen diesen Reichstag in die Wege leiten, der in keiner Weise den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt? Ein kleiner Anfang ist ja geschehen, wie ich gestern las, aber es wäre gut, wenn er von uns ausginge.

An diesem Schreiben ist vielerlei interessant. Daß gewisse Konservative immer noch mit dem Gedanken eines berufsständischen Wahlrechts spielen, ist an sich nichts Neues. Aber eine bodenlose Dreistigkeit ist es, ein solches berufsständisches Wahlrecht für eine Einlösung des königlichen Versprechens zu erklären. Hier sieht man, was diesen „Hütern der Monarchie" in Wirklichkeit ein Königswort wert ist. Während man in jedem Schullesebuch den Satz findet: „An eines Königs Wort soll man nicht drehn noch deuteln", wird hier ganz unverfroren der Pfingstbotschaft eine Auslegung gegeben, die ihren Sinn, wie er von jedermann im Volke aufgefaßt worden ist, in das glatte Gegenteil verkehrt.

Denn das berufsständische Wahlrecht wäre natürlich ein Hohn auf alle Gleichheit, auch wenn innerhalb der einzelnen Berufsstände mit gleichem Stimmgewicht gewählt wird. Oder will man etwa, wie das dem ungefähren Zahlenverhältnis entsprechen würde, auf drei Vertreter des Unternehmertums den industriellen Arbeitern hundert Vertreter oder auf drei Vertreter des Großgrundbesitzes den Landarbeitern hundert Vertreter geben?! Alle Projekte eines ständischen Wahlrechts, die wir bisher zu Gesicht bekommen haben, laufen ganz anders aus. Da war mit dem Unternehmertum zusammen mit den ihm verknüpften Berufen der Aerzte, Rechtsanwälte, Professoren und höheren Beamten immer eine mindestens doppelt und dreifach höhere Zahl von Sitzen eingeräumt als den Arbeitern. Die Aussicht, mit einem solchen berufsständischen Wahlrecht die arbeitenden Klassen dauernd überstimmen zu können, ist es ja auch, die die Konservativen zu so begeisterten Anhängern des berufsständischen Wahlrechts macht. Krasseste Ungleichheit ist die erste Voraussetzung des konservativen berufsständischen Wahlrechts.

Es ist ein gefährliches und verzweifeltes Spiel, das diese „königstreuen" Männer mit der Person des Monarchen spielen, [illegible] sie ihm unter [illegible] einen glatten Bruch des feierlich gegebenen Versprechens zumuten. Doch [illegible] [illegible] ... sem zu Herrn Dr. Michaelis, daß dieser „als Christ und Preuße" mit den Konservativen gehen werde, wenn es gilt, das königliche Wahlrechtsversprechen zu meucheln. Daß Herr Dr. Michaelis sich gerade in seiner Eigenschaft als „Christ" an der Inszenierung eines frevelhaften Wortbruchs beteiligen soll, sei nur nebenbei als Gradmesser für das Christentum ge- [illegible] ... seite des Schriftstücks ist das felsenfeste Vertrauen des Verfassers gewisser Leute hervorgehoben. Aber das gewaltige Zutrauen, das man in konservativen Kreisen zu Herrn Dr. Michaelis hegt, er werde sich zu solchen Dingen wie kein anderer gebrauchen lassen, ist die beste Rechtfertigung unseres Mißtrauens.

Kriegsnachrichten

Auf italienischem Boden

Das geschlagene italienische Isonzoheer wälzt sich in wilder Flucht auf allen Straßen dem Sumpfgebiet des Tagliamento zu. Der Rückzug wird erschwert durch den Strom der flüchtigen Zivilbevölkerung, die in vollem Entsetzen westwärts zieht und mit Hab und Gut die durch Gewitterregen aufgeweichten Straßen bedeckt. Bereits drängt sich an wenigen Uebergängen über den verästelten Fluß der Strom flüchtiger Heeresteile und Landeseinwohner. Die wichtige Stadt Udine, der bisherige Zentralpunkt der italienischen Heeresleitung und der Versorgung der Isonzoarmee, liegt schon weit im Rücken der siegreich und ungestüm vordringenden Verbündeten. Auch an der Kärntner Front gibt der Feind dem konzentrischen Druck nach und weicht in Richtung auf den Oberlauf des Tagliamento, von unseren Divisionen verfolgt. Die italienische Presse sucht weiterhin dem Volk die Katastrophe zu verheimlichen. Sie spricht von kleinen Vorteilen der Verbündeten, die in keiner Weise die starke italienische Verteidigung erschüttert hätten.

Die Räumung Venedigs

Dem „Lokalanzeiger" zufolge werden Vicenza, Venedig und Treviso geräumt. Die Schließung der schweizerisch-italienischen Grenze ist vollständig. Selbst die am internationalen Bahnhof von Chiasso stationierten italienischen Zoll- und Bahnbeamten wurden über die italienische Grenze zurückgezogen.

Die Pariser Presse erhält aus Rom einen geradezu verzweifelten Hilferuf. In der englischen Presse kommt die Meinung zum Ausdruck, daß die Alliierten sich einer gefährlichen Lage gegenüber befinden, von der vielleicht erst der Anfang gesehen werde.

Das verratene Italien

„Alles, alles, was wir von Beginn an mit Besorgnis vorausgesehen haben, hat sich mit einer Grausamkeit ohne gleichen erfüllt — armes, armes Italien" — schreibt das italienische Emigrantenblatt „Lavoro". „Nicht die Oesterreicher, nicht die Deutschen oder die Türken sind die Feinde unseres Italiens, sondern jene Gruppe von Italienern, die es verkauft hat. Fluch über sie! Armes Italien! wo sind deine tapferen edlen Söhne? Sie sind Opfer schmählichen Verrats. Die Engländer, die einen Schmachpreis für sie bezahlt haben, sind ihre Herren. Die Kanonen an der italienischen Front sind von Engländern bedient, unsere armen waderen Infanteristen stehen zwischen zwei Feuern. Vor sich die österreichischen Kanonenschlünde, hinter sich englische Kanoniere, die sich kein Gewissen daraus machen, ihre Kanonen gegen unsere Häuser zu richten, wenn aus ihnen der Seufzer des Hungers zu laut ertönt."

Wird in diesen Tagen der allgemeinen Bestürzung, der Katastrophe, des völligen Zusammenbruchs aller italienischen Hoffnungen dieser Seufzer des Hungers weiter so leicht unterdrückt werden können wie bisher? Schwerlich! die „fatti di Torino", die Turiner Ereignisse, welche die italienische Zensur so gern vollständig unterdrückt hätte, und die noch am Mittwoch der Hauptanwärter auf die Ministerpräsidentschaft Orlando als „eine schmerzliche, aber unvermeidliche Episode, einer zu liberalen Politik" charakterisierte, werden sich wiederholen, und jetzt wird man Mühe haben, das Volk wieder mit englischen Maschinengewehren zu „beruhigen".

Hätte Italien heute eine starke festgefügte Organisation der Friedensfreunde, so ließe sich zweifellos aus dieser Stimmung der Revolte eine große einheitliche revolutionäre Friedensaktion formen. Aber es scheint zweifelhaft, ob die tiefgreifende Verzweiflung, die sich jetzt unzweifelhaft des italienischen Volkes bemächtigen wird, diesen großen erlösenden Eindruck finden wird, da es an der Kraft fehlt, welche sie organisieren könnte.

Ein Protest Amundsens

Kopenhagen, 24. Oktober. Der bekannten Polarforscher Roald Amundsen überreichte gestern der deutschen Gesandtschaft in Kristiania seine deutschen Orden mit folgendem Schreiben: „Seiner Exzellenz dem deutschen Gesandten in Kristiania. Als norwegischer Seemann erlaube ich mir, meine deutschen Orden zurückzusenden, den preußischen Kronenorden erster Klasse, die bayerische Luitpoldmedaille, sowie Seiner Majestät Kaiser Wilhelms goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft, als persönlichen Protest gegen den deutschen Mord an friedlichen norwegischen Seeleuten, zuletzt in der Nordsee am 17. Oktober 1917. Ergebenst Roald Amundsen."

Diese Tat des bedeutenden Polarforschers beweist leider, wie wenig Verständnis der Verteidigungskampf des deutschen Volkes trotz des über dreijährigen Ringens gegen eine brutale Uebermacht im neutralen Auslande findet. Der schmachvolle Aushungerungskrieg, den England gegen Deutschlands Frauen und Kinder führt, empörte den Norweger nicht. Als aber einige seiner Landsleute, weil die Profitsucht der norwegischen Reeder auf das vorzügliche Geschäft nicht verzichten mochte, leider dem U-Kriege zum Opfer fielen, klagt er die deutsche Notwehr des Mordes an. Etwas mehr Gerechtigkeit hätte man von einem Manne der Wissenschaft, den Deutschland so neidlos geehrt hat, wohl erwarten dürfen. Diese Erfahrung lehrt aber auch, wie ungemein schädlich „vaterländische" und „unabhängige" Anschuldigungen gegen deutsche Absichten und Handlungen im Auslande wirken.

Lloyd George über Englands Flotte

Amsterdam, 30. Oktober. (Meldung Reuter.) Lloyd George hielt gestern anläßlich des im Unterhause vorliegenden Antrages, dem Heere, der Flotte und der Bevölkerung für die Verdienste um den Krieg den Dank auszusprechen, eine Rede, in der er eine Schilderung der Taten von Flotte und Heer gab. Er sagte u. a.: Ich zögere nicht, zu sagen, daß überwältigendes Unheil die Sache der Alliierten getroffen haben würde, wenn nicht die englische Flotte gewesen wäre. Rußland würde in der Tat schutzlos gewesen sein. Die Flotte hat im Verlauf des Krieges 30 Millionen Menschen, 2 Millionen Pferde, 25 Millionen Tonnen Explosivstoffe und Vorräte, sowie 51 Millionen Tonnen Kohle und Oel befördert. Es ist noch zu früh, die Wirkung der Blockade der englischen Flotte gegen unsere Feinde festzustellen, einer Blockade, die vollständig gewesen wäre, wenn wir nicht die Türen des Balkans unverschlossen gelassen hätten.

Was die Große Flotte betrifft, so hatte sie nicht viele Gelegenheiten, wie die, die den Ruhm unserer Flotte geschaffen haben, aber es war nicht ihre Schuld. Lloyd Georges wandte sich dann der Handelsmarine zu und führte aus: Vor dem Kriege bestand die Schwierigkeit, Mannschaften für die Handelsmarine zu bekommen, wegen der besseren Lebensbedingungen an Land. Aber trotz der Mühen, Leiden, Schrecken und Gefahren, die seit Ausbruch des Krieges in mannigfaltiger Weise gewachsen sind, fand sich doch kein Mann, der sich fürchtete, auf die See zurückzukehren. Auf die Armee zu sprechen kommend, sagte er sodann: Unser ursprüngliches Expeditionskorps zählte 100 000 Mann, jetzt Millionen. Es ist dies ein großer Triumph der Organisation, der nur möglich gemacht wurde durch die heldenhafte Selbstaufopferung der alten Armee.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Russischer Vorschlag zum Waffenstillstand

Stockholm, 28. Oktober. In der Sitzung des russischen Vorparlaments vom 25. Oktober, in der Fragen der Landesverteidigung besprochen wurden, erklärte der Redner der Linken, der Sozialrevolutionär Steinbarg-Carellin: Die Kampffähigkeit der Armee kann nur dann gesteigert werden, wenn Armee und Volk wissen werden, wofür sie kämpfen. Die erste Bedingung für die Hebung der Verteidigung und der Kampffähigkeit der Armee ist ein vollständiger Wechsel unserer äußeren Politik. In dem Vorschlag an alle kriegführenden Mächte für sofortigen Waffenstillstand sehen wir nichts, was die Ehre und Würde Rußlands schmälern könnte.

Belgische Friedensdemonstration

Basel, 30. Oktober. („Vossische Zeitung".) Aus Brüssel wird berichtet, daß kürzlich in Antwerpen eine große Friedensdemonstration stattgefunden habe, in welcher der Abgeordnete August Terns mit aller Schärfe gegen die im Ausland verbreiteten Gerüchte protestierte, daß das belgische Volk eine Fortsetzung des Krieges wünsche.

Neue päpstliche Bemühungen

Der Papst hat, wie in verschiedenen Blättern mitgeteilt wird, in den letzten Tagen eine Anzahl französischer Bischöfe zu längeren Beratungen empfangen, nicht aber den Kriegshetzer Knette. Ob diese Besprechungen, wie es heißt, als Vorboten eines neuen Friedensaufrufs anzusehen sind, den der Papst mit Hilfe des internationalen Episkopats ergehen lassen wolle, bleibt abzuwarten.

Die Sozialisten von Uruguay gegen den Krieg

„Lokalanzeiger" meldet aus Basel: Die „Agencie Americana" meldet, hat sich der sozialistische Kongreß in Uruguay [illegible] gesprochen und beschlossen, eine rege Propaganda gegen den obligatorischen Militärdienst zu eröffnen.

Deutschland

Die Kanzler-Eingabe

Um auf jeden Fall unangenehme Ueberraschungen wie bei Michaelis zu verhindern und dem Reiche die Wiederkehr eines solchen Kanzlerschauspiels zu ersparen, haben die vier Mittelparteien — Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum und Nationalliberale — dem Kaiser eine gemeinsame Eingabe zugesandt, in der sie wünschen, daß der neue Mann vor seiner Ernennung durch den Monarchen mit ihnen ein Programm vereinbare, das in der äußeren Politik auf dem Boden der deutschen Antwort an den Papst steht und in der inneren Politik neben anderem die schleunige Durchführung der preußischen Wahlreform verlangt.

Nach Lage der politischen Verhältnisse in Deutschland ist zu erwarten, daß Kaiser Wilhelm diesem Wunsche der Mehrheitsparteien nachkommt und Mitte der Woche dürfte die Krise erledigt sein.

Politik und Kronprinz

Der Kronprinz hielt bei der Besichtigung der seiner Heeresgruppe zugeteilten Jungmannen eine Ansprache und sagte nach dem „Lokalanzeiger": Wenige Kilometer von hier stehen Eure Väter und Brüder in schwerem Kampf um die Existenz des deutschen Reiches. Eure Aufgabe ist es, ihrer würdig zu werden. Es sind Kräfte am Werke, die das deutsche Reich und die Monarchie antasten wollen, die Zwietracht säen wollen zwischen Volk und Fürst, weil sie wissen, daß anders Deutschland unüberwindlich ist. Das zu verhindern ist auch schon Eure Aufgabe. Man rechnet auf Euch.

1100 Professoren . . .

haben sich einer von der Universität Tübingen ausgegangenen Erklärung angeschlossen, in der der Mehrheit des deutschen Reichstages das Recht bestritten wird, den Volkswillen zu bekunden. 49 Berliner Professoren haben außerdem noch „erklärt", daß ihnen sogar die kaiserliche Friedensbotschaft vom 12. Dezember 1916 und die Antwort auf die Papstnote als Grundlage für einen Frieden, der die Sicherheit, Ehre und nationale Zukunft Deutschlands garantiert, nicht genügten. Gegen eine **k a i s e r l i c h e** Botschaft also . . . kämpft die tapfere Professoren-Republik mit Kapp und Tirpitz sogar . . . !

Wir wüßten nicht, was in Deutschland jetzt Gleichgültigeres passieren könnte, als mißglückte politische Geburtshilfe. [illegible]

8. Jahrgang
Nr. 44

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
3. November 1917

Ueber die Lutherfeier

schreibt Reichstagsabgeordneter Dr. Lentsch:

Vier Jahrhunderte sind am 31. Oktober 1917 verflossen, seitdem Luther an die Schloßkirche zu Wittenberg seine Thesen gegen den Ablaß anschlug. Es war damals eine oft geübte Sitte, daß Universitätsprofessoren — und Luther war Professor an der Universität Wittenberg — zur Erörterung schwieriger Probleme Leitsätze aufstellten und zu deren Diskussion den Gegner auf bestimmte Frist einluden. Aeußerlich war also Luthers Vorgehen durchaus das übliche Verfahren, und niemand war über den ungeheuren Erfolg seines Vorgehens mehr überrascht als Luther selber. Und doch rechnet man von jenem 31. Oktober 1517 den Beginn einer neuen Geschichtsepoche.

Es war die Geburt der freien Persönlichkeit gegenüber den mit unwiderstehlicher Gewalt ausgerüsteten Autoritäten des Mittelalters, die sich in der Reformation (Umgestaltung) durchsetzte. Damit war das Ende des Mittelalters selber besiegelt, und die Zeit der Einzelpersönlichkeit begann. Der durchschnittliche mittelalterliche Mensch war Herdenmensch. Im Denken, Fühlen und Glauben war er vom ersten Schritt an feste Autoritäten gebunden. Die Kirche regelte sein Tun und Lassen; wirtschaftlich unterstand er den Geboten der Zunft. Für freie Betätigung war kein Platz. So glichen die Menschen einander, wie uns auch heute noch die Angehörigen unkultivierter Naturvölker vollkommen einander zu gleichen scheinen. Hieraus erklärt sich auch die Tatsache, daß in der Geschichte des Mittelalters so wenige Persönlichkeiten kräftig hervortreten. Als handelnde Kraft erscheint schlechthin die unterschiedslose, aber wohlorganisierte Masse, in der jeder Teil dem anderen gleicht wie in der bewegten Meereswoge, wo ebenfalls kein Wassertropfen sich vom anderen unterscheidet.

Aber im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert begann unter dem Einfluß großer wirtschaftlicher Umänderungen, geographischen Entdeckungen und technischer Erfindungen diese starre Geisteswelt sich zu zersetzen. Die Entstehung des Welthandels, das Erstarken der Kaufmannschaft, die Umwälzung der Verkehrswege, die Erfindung der Buchdruckerkunst, die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien und so weiter schufen eine ganz neue geistige Umgebung. Die Bande des mittelalterlichen Familienlebens, der mittelalterlichen Genossenschaft, des mittelalterlichen Rechts begannen zunächst in den Kreisen des Großbürgertums zu zerreißen. Intelligenz und Wagemut fingen an, sich zu regen. Die auf sich selbst gestellte Persönlichkeit galt, und alle materiellen Umstände einer neuen Zeit dienten ihrer Entwicklung. Im Gegensatz zu dem genossenschaftlichen Prinzip des Mittelalters trat der persönliche Egoismus als Triebfeder besonders im Handel hervor. Dazu kam die vollkommene Umwälzung des Weltbildes durch die großen Entdeckungen von Vasco da Gama und Kolumbus. Nicht minder aber auch von Kopernikus, dem berühmten in Thorn geborenen Domherrn zu Frauenburg. „Vielleicht ist noch nie eine größere Forderung an die Menschheit gestellt worden", urteilt Goethe über das Aufkommen des Kopernikanischen Weltsystems, das die Erde aus dem Mittelpunkt der Welt in einen kleinen beiläufigen Himmelskörper verwandelte, „denn was ging nicht alles durch diese Anerkennung in Dunst und Rauch auf: ein zweites Paradies, eine Welt der Unschuld, Dichtkunst und Frömmigkeit, das Zeugnis der Sinne, die Ueberzeugung eines poetisch-religiösen Glaubens; kein Wunder, daß man dies alles nicht wollte fahren lassen, daß man sich auf alle Weise einer solchen Lehre entgegensetzte, die denjenigen, der sie annahm, zu einer bisher unbekannten, ja ungeahnten Denkfreiheit und Großheit der Gesinnungen berechtigte und aufforderte."

Diese „Denkfreiheit und Großheit der Gesinnungen", die sich aus der geschilderten Umwälzung aller Verhältnisse ergab, konnte und wollte sich auch mit der alles regelnden Vormundschaft der Kirche nicht mehr abfinden. Die Rebellion der „freien" Persönlichkeit gegen die geistigen Bindungen des Mittelalters vollzog sich in Deutschland in der welthistorischen Bewegung, die sich an den Namen Luthers knüpft und die wir Reformation zu nennen uns gewöhnt haben. In seinen großen Jahren von 1517 bis 1520 hat Luther wie ein Revolutionär nicht bloß gesprochen, sondern auch gehandelt. Und die Schriften, die er damals schrieb, fielen wie Feuerbrände in die Reihen der Gegner. Allein es war das Verhängnis deutscher Geschichte, daß diese große Freiheitsbewegung sehr bald der Reaktion zum Opfer fallen mußte, und daß Luther selber dazu entscheidende Hilfe leistete. Aeußerlich gesehen war Deutschland noch zu Luthers Zeit wirtschaftlich in glücklichster Entwicklung. Der Reichtum und die Pracht besonders der süddeutschen Städte war niemals größer gewesen. Und doch befand sich das Reich schon in entscheidendem Abstieg. Die Verschiebung der Seewege durch die großen geographischen Entdeckungen, die so viel zur Befreiung der Persönlichkeit aus den Fesseln mittelalterlicher Gebundenheit beitrug, sollte gerade in Deutschland nicht zu voller Auswirkung gelangen. Das Reich, das politisch schon seit dem dreizehnten Jahrhundert der Auflösung entgegentaumelte, ging nunmehr auch wirtschaftlich seiner Zersetzung entgegen. Die Geldwirtschaft verfiel, der Handel verkam. Hohe, längst überwundene Naturalwirtschaft kam wieder auf. Die Wissenschaften flohen das verarmende Land, bis dann endlich im siebzehnten Jahrhundert der Dreißigjährige Krieg mit seiner grenzenlosen Verwüstung deutscher Kultur das Schlußsiegel unter diese Entwicklung trostlosen geistigen wie wirtschaftlichen Niederganges drückte.

Es war klar, daß die lutherische Bewegung von dieser Entwicklung entscheidend beeinflußt werden mußte. Diese lief in der unglückseligen Weltlage Deutschlands begründeten materiellen Bedingungen waren es, die dem Luthertum je länger um so schärfer den Charakter des Reaktionären, Fortschritts- und Bildungsfeindlichen ausprägten. Schon Luther wetterte über die „Hure Vernunft" und predigte die Allmacht der Obrigkeit. Was damals nichts anderes hieß, als die Allmacht der kleinen Landesfürsten mit ihren oft höchst „wunderlichen" Einfällen und Methoden predigen. Gegen die revolutionären Bauern nahm er die schärfste Stellung ein und sprach die scheußlichen Worte: „Der Blut komme über meinen Hals!" Das erstarkende Landesfürstentum, dieses geschichtliche Kennzeichen deutscher Ohnmacht und Zersetzung, konnte in Luther und seiner Bewegung mit Recht sein stärkstes Bollwerk erblicken. So kam es, daß die großen befreienden Losungen, mit denen Luther in seinen großen Jahren begonnen hatte, bald wie eine Verzerrung auf das Luthertum wirkten. Gegenüber der freieren Stellung des reformierten Bekenntnisses sank das Luthertum auf die gebundene Stellung des Katholizismus zurück. Und beide Kirchen, die das innere Deutschland von Ende des sechzehnten bis ins achtzehnte Jahrhundert vollkommen beherrschten, Luthertum und Katholizismus, haben gemeinsam den freien Aufschwung der Geister systematisch niedergehalten. Nicht in Deutschland, sondern in den Niederlanden, vor allem aber in England und der Neuen Welt sollte das neue Menschentum erstehen, als dessen Vorkämpfer Luther geschichtlich berufen schien. Dort erst entwickelten sich jene wirtschaftlichen Bedingungen, deren Gunst die Grundlage für die geschichtliche Größe jener beiden Länder bot.

Aber auch noch in einer anderen Hinsicht verriet sich die damalige geschichtliche Rückständigkeit Deutschlands. Was der neuen Generation, die um die Wende des fünfzehnten zum sechzehnten Jahrhundert in Deutschland aufwuchs, noch immer fehlte, das war die Frau. Nicht entfernt spielen die Frauen in diesem Abschnitt unserer Geschichte eine Rolle, wie wir sie in der verwandten Entwicklung Italiens sehen. Der reichen Anzahl hochbedeutender, gelehrter, liebenswürdiger und begeisterter Frauen der italienischen Renaissance (Wiedergeburt) hat die deutsche Entwicklung nichts oder so gut wie nichts entgegenzusetzen. Für Luther selber und seine geistige Entwicklung hatten die Frauen keine Rolle gespielt. Er brach zwar mit der priesterlichen Ehelosigkeit und heiratete seine Käthe. Aber er sagte selber von ihr, daß er sie, als er sie heiratete, nicht geliebt habe. Noch war die Stellung der Frau in Deutschland zu unentwickelt, als daß bereits bedeutende oder eigenartige weibliche Persönlichkeiten eine geschichtliche Rolle hätten spielen können.

Der heutigen Welt hat Luther und seine Zeit nichts mehr zu sagen. Es ist eine abgeschmackte und ungeschichtliche Auffassung, zu glauben, daß wir heutzutage noch mit der Geisteskultur der Reformation durch unmittelbare Zusammenhänge verbunden seien. Uns drängen andere Sorgen, und auch die geistigen wie materiellen Entwicklungsbedingungen unserer Zeit sind völlig andere geworden. Das hindert aber nicht, daß auch die deutsche Arbeiterklasse selbst in den furchtbaren Kämpfen unserer Zeit den Blick zurücklenkt zu jenem entscheidenden Wendepunkt unserer Geschichte, auf dem ewig ein eigentümlicher Glanz liegen wird. Und von dem Ulrich von Hutten, einer der stolzesten und unabhängigsten Kämpfer jener Tage, das Wort prägen konnte: es ist eine Lust zu leben, die Geister erwachen im Lande.

Auch der Persönlichkeit Luthers, der, trotz seiner von den Zeitverhältnissen bedingten rückschrittlichen Entwicklung, schließlich doch als Vorkämpfer der Freiheit wirkte, kann die Arbeiterklasse volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ob er wirklich auf dem Reichstage zu Worms den Mächtigen der Zeit sein: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders" entgegen schleuderte, mag zweifelhaft sein. Als einer der Träger jener großen Umwälzung des Mittelalters hat er gewirkt und damit eine geschichtliche Mission erfüllt.

Martin Luther über den freien Handel

„Es haben die Kaufleute eine gebräuchliche Regel unter sich: ich will meine Ware so teuer verkaufen als möglich. Das halten sie für ein Recht. Damit ist aber dem Geiz Raum gemacht und der Hölle alle Türen und Fenster aufgetan. Denn was heißt das anders als: ich frage nichts nach meinem Nächsten, wenn ich nur meinen Gewinn habe; was geht's mich an, daß ich meinem Nächsten zehnmal Schaden tu? Da siehst du, wie dieser Spruch unverschämt nicht nur gegen die christliche Liebe, sondern auch gegen das natürliche Gesetz verstößt. Was kann noch Gutes und ohne Sünde im Handel sein, wenn solch Unrecht sein Hauptstück und seine Regel ist? Es kann dann der Handel nichts anderes sein, als den andern ihr Gut rauben und stehlen."

Die Presse als Führerin!

Mehr als jemals braucht die Masse der Arbeitenden jetzt ein Organ, das, so gut es die Verhältnisse gestatten, ihr Belehrer, Führer und Verteidiger ist.

In noch höherem Maße wird das der Fall sein, wenn nach dem Kriege eine ungeheure Menge der wichtigsten Aufgaben zu lösen sind.

Schafft darum unablässig neue Leser!

Ein Tag kommt

**Ein Tag kommt, der ist Glockenbraus!
Er geht in alle Vaterländer
und tönt es an die blutigen Ränder:
Heil! Heil! Die lange Schlacht ist aus!
Der Klang wird jäh das Bluten stocken,
Heil! Heil! Die tiefste Wunde schließt.**

**Und fragst du jenen Tag der Glocken:
Wer ist's, den du als Sieger grüßt?
Die Antwort jauchzet turmgeboren:
Euch Menschen allen ist der Sieg;
nur einer, einer hat verloren;
und dieser Eine ist der Krieg.**

Bruno Dietel in der „Glocke"

Zwei Eisenbahnzüge

Es war in der ersten Kriegszeit im Septembermonat. Fast täglich sah man da Soldaten ausmarschgerüstet durch die Straßen Berlins ziehen, ein Musikkorps an der Spitze. Blumen hatten sie an den Helmen und auf der Brust, Blumen an den Gewehrläufen. Die strenge Disziplin war gelockert; neben und zwischen ihnen schritten Frauen, Männer und Kinder, die den Ihrigen noch bis zum letzten Augenblick sehen wollten. Die Brüder und Väter trugen die Gewehre der Soldaten, drückten diese die vollgepackten Tornister, die gefüllten Patronentaschen doch schon schwer genug. Eine breite, bunte, laute Masse war es, die da die Straßen durchzog. Die Fenster der Häuser, an denen der Zug vorüberkam, waren von Menschen dicht besetzt. Voll Stimmengewirr und Gesumm war es. Blumen und Schokolade wurden verteilt und Zigaretten. Auf dem Bahnhof wurde es für wenige Minuten stiller, der Abschiedsaugenblick war gekommen. Familienväter befanden sich unter den Soldaten, sie waren ernst und still. Aber viele der Ausziehenden waren junges Blut, siegesfroh und leichtsinnig. Was wußten sie von dem Grauen des Krieges? Ihre Jugend lockte die Abenteuer. Sie lachten und sangen, und die Kecksten unter ihnen kletterten die Wagen entlang und schrieben übermütige Inschriften an die Außenseite.

Aber die Zurückbleibenden fühlten doppelt den Abschiedsschmerz und die Zukunftsangst. Hier drückte eine Mutter ihren schlanken, braunverbrannten Sohn immer wieder in die Arme und ließ die verweinten Augen unverwandt auf ihm haben. Ein Soldat nahm von seinem Mädchen Abschied, seiner Braut. Sie hing so fest an seinem Hals. „Komm wieder, du, komm wieder." „Aber ja, ich verspreche es dir." Andere hielten ineinander nur an den Händen. Aber man sah die Mundwinkel zucken.

Das Kommando zum Einsteigen wurde gegeben. Zurufe und Schluchzen hörte man und tröstendes lustiges Zureden „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!" Der Zug setzte sich in Bewegung. Mützen wurden geschwenkt und Tücher wehten. Und ferner und ferner erschien das Rauchwölkchen der Lokomotive, wurde kleiner und kleiner der Zug, der so viel junges, warmes Leben, so viel frohe, frische Kraft ins Ungewisse, ins Elend und Tod hinaustrug. „Kommt wieder!"

*

Drei Jahre später. Ich hielt mich in Oerebro, einer Stadt im mittelsten Schweden auf. Viermal in der Woche passierten da Züge von Austauschgefangenen den Bahnhof, zwei Züge Deutsche, Oesterreicher und Ungarn, zwei Züge Russen an anderen Tagen. Der Bahnsteig war dann eigentlich für Nichtzugehörige gesperrt, ich als Deutscher erhielt jedoch wiederholt Zutritt. In ziemlich langsamer Fahrt fuhr der lange Zug jedesmal in den Bahnhof ein, das Rote Kreuz an den Wagen leuchtete aus dem weißen Feld. Auf dem Bahnsteig stand die Musikkapelle des königlich schwedischen Leibregiments. Heimatweisen begrüßten die Einfahrenden. Der Zug hielt, die Schwester eilte die Wagen entlang und forderte die, die gehen konnten, zum Aussteigen auf. Entsetzlich der Jammer, den man sah. Mühsam, so mühsam kamen sie die hohen Wagenstufen herab, meist barfuß, Strohschuhe an den Füßen, gelb und schmal die Gesichter, tiefliegende Augen. So scharten sie sich um die Musik. „Deutschland, Deutschland über alles" spielten die schwedischen, ach so gesunden kraftstrotzenden Soldaten. Die Mützen in den Händen sangen viele der Invaliden mit. Es ging zur Heimat. Man sah ihnen ihre Bewegung an. Nach zwei, drei Jahren der Gefangenschaft auf dem Wege zur Freiheit, hörten sie hier zum ersten Male wieder Heimatklänge. Und doch waren so viele freude- und hoffnungslos. „Als was kehre ich zurück?" — Ein Husten schüttelte den elenden Körper. „Sie werden wieder gesund werden, die Heimat macht sie gesund," versuchte ich zu trösten, wo doch kein Mensch trösten kann. Er lachte auch nur bitter. „Jetzt nicht mehr."

Unsägliches haben sie oft in der Gefangenschaft erduldet. „Aber sie behandeln ihre eigenen Leute nicht besser. Das Essen in den Gefangenenlagern ist schlecht. Ist man gesund, so kann man wohl selbst gehen und sich etwas kaufen; an einigen Stellen ist es besser, in den Lazaretten aber am allerschlechtesten." Ein ungarischer Feldgeistlicher, der während der Gefangenschaft auch als Dolmetscher zwischen den ungarischen und deutschen und österreichischen Soldaten gedient hatte, sagte dies.

Auch Halbinvaliden befinden sich oft unter den Austauschgefangenen. Mit zwei österreichischen Offizieren sprach ich. Sie waren so lustig und gesprächig, schwärmten von den Schönheiten Schwedens, die sie während der Fahrt gesehen, freuten sich über die sauberen und hübschen Bauernhäuser hier nach dem Schmutz in Rußland. Und in die Freiheit ging es zurück, in die Freiheit! Sie waren wieder Menschen. „Nun will ich das Leben genießen," sagte der eine und lachte so froh. Ihm fehlte der rechte Arm.

Innen im Wagen liegen die Schwerkranken, bleiche, elende Gestalten, oft vom Fieber durchglüht sich ruhelos hin- und herwälzend, Bett bei Bett, Verbandapelle und Todkranke. Immer sterben einige während der Fahrt. In einem besonderen Abteil befinden sich die Wahnsinnigen, denen das Grauen der Schlacht die armen Sinne verwirrte.

Welch' ein Jammer, welch' ein unsäglicher Jammer. —

Nach einer Stunde Aufenthalt fuhr der Zug weiter. Die schwedische Kapelle spielte, und auf den anderen Bahnsteigen standen die schwedischen Zuschauer und grüßten still und ernst die Vorüberfahrenden. Wagen hinter Wagen rollte vorbei, ein endloser Zug, nur Invaliden und Schwerkranke und Wahnsinnige. Wie kehren sie zurück in die Heimat und zu ihren Angehörigen! Und die Tausenden und Abertausenden, deren starker lebenskräftiger Leib jetzt in fremder Erde modert!

— — — — — — — — — — — — — —

Und doch will es nicht Friede werden?

Die Verpflegung des Heeres

D. Stücklen, M. d. R.

Die dem Soldaten im Felde zustehenden Rationen sind in der Kriegsverpflegungsvorschrift niedergelegt, die einen Unterschied zwischen Mann und Offizier nicht kennt. Die dort vorgesehenen Rationen sind reichlich bemessen, so daß in den ersten Monaten des Krieges über das Ausmaß an Lebensmitteln nicht geklagt wurde, höchstens über die Art der Zubereitung, die vielfach nicht gerade in den geübtesten Händen lag. Es ist auch gar nicht zu bestreiten, und im Reichstag ist es auch von sozialdemokratischer Seite offen anerkannt worden, daß die Heeresverwaltung immer von dem Bestreben geleitet war, nur Lebensmittel von tadelloser Beschaffenheit zu liefern. Sie konnte das, weil sie an bestimmte Preise nicht gebunden war. Sie mußte es aber auch tun, weil der Zustand der Truppenverpflegung im engsten Zusammenhang mit der Schlagfertigkeit und Widerstandskraft des Heeres steht. Leider konnten sich die reichlich bemessenen Rationen der Kriegsverpflegungsvorschrift bei der langen Dauer des Krieges nicht aufrechterhalten lassen. Wohl am schwersten empfunden wurde die bei den Truppen in der Heimat vorgenommene Herabsetzung der Brotration von 750 Gramm auf 500 Gramm täglich. Mit dem Brotgeld von 5 Pf. für die fehlenden 250 Gramm war den Soldaten nicht gedient, erstens konnten sie sich mangels Brotkarten Brot nicht kaufen und zweitens standen die 5 Pf. Entschädigung in keinem Verhältnis zu den erheblich gesteigerten Brotpreisen.

Dazu kam noch, daß der Mangel an Lebensmitteln natürlich auch an der Armee nicht spurlos vorübergehen konnte, wenn auch zum Beispiel Kolonialwaren in umfangreicherem Maße für die Truppen mit Beschlag belegt worden sind. In der Truppenverpflegung mußte eine „Umstellung" eintreten, die man selbst beim besten Willen nicht als eine Verbesserung bezeichnen kann. An die Stelle von Nahrungsmitteln, die nicht mehr oder nur in ungenügender Menge beschafft werden konnten, mußten andere treten; Fleisch wurde vielfach durch Fische, Kartoffeln durch Dörrgemüse usw. ersetzt. Diese „Umstellung" hat dazu geführt, daß die Kriegsverpflegungsvorschrift in ihrer ursprünglichen Fassung heute fast in keinem Punkt mehr zutrifft. Die Folge ist, daß die Soldaten heute vielfach nicht wissen, was ihnen an Rationen zusteht, denn für den einzelnen Mann ist es natürlich eine Unmöglichkeit, die zahllosen Abänderungen der Verpflegungsvorschriften übersehen zu können.

Nachstehend lasse ich deshalb eine absolut authentische Zusammenstellung der Tagessätze folgen, die den mobilen Formationen jetzt zustehen:

Brot: 600 Gramm. — Truppen im Gebirge über 1000 Meter hoch bis 1000 Gramm Brot, Truppen vorderster Linie sonst angestrengte Truppen und Jugendliche bis 750 Gramm.

Fleisch: frisch, gesalzen, gefroren, durchschnittlich 250 Gramm
oder Rauchfleisch, Speck, Fleischwurst 150 Gramm
oder Fleischkonserven 150 Gramm
oder Salzhering, Rauchfisch, Marinade 250 Gramm
oder geköpfte Heringe 200 Gramm
oder Flußfisch 600 Gramm
oder frische Seefische 400 Gramm
oder Salzfische 300 Gramm
oder Klippfische 200 Gramm
Weizenmehlzuschuß bis 20 Gramm

Gemüse: Reis, Graupen, Grütze, Grieß [illegible]
oder Hülsenfrüchte 250 Gramm
oder Dörrgemüse 60 Gramm
oder Gemüsekonserven 150 Gramm
oder Kartoffeln 200 Gramm
oder Kartoffelflocken 50 Gramm
oder Dörrkartoffeln 60 Gramm
oder Nudeln 200 Gramm
oder Speiserüben 1200 Gramm
oder frischer Kohl, frische Gurken, Salz- oder Essiggurken 1200 Gramm
Sauerkohl 450 Gramm
oder Backobst 125 Gramm
oder Spinat, gesalzen (in Fässern), oder Salzsalat, oder Rot-, Wirsing-, Blumenkohl in Salz, oder Karotten in Salz 400 Gramm
oder Schnittbohnen (in Fässern) 250 Gramm
oder Büchsengemüse 600 Gramm

Salz: 25 Gramm

Kaffee: gebrannt 10 Gramm und Zichorie 6 Gramm

Tee: 2 Gramm

Zucker: 17 Gramm

Kakao nebst 25 Gramm Zucker 15 Gramm

Fett:

	Westen	Osten
Butter	55 Gramm	65 Gramm
oder Schmalz, fettes Schweinefleisch in Büchsen	55 Gramm	65 Gramm

30 Gramm Marmelade oder Obstmarmelade: 125 Gramm Mettwurst, Blut- und Leberwurst 125 Gramm

Käse: im Monat auf den Kopf 200 Gramm

Gewürze: 25 Gramm frische Zwiebeln oder 2½ Gramm Dörr- (trockene) Zwiebeln
oder 0,4 Gramm Pfeffer
oder 0,1 Gramm Paprika
oder 2,0 Gramm Kümmel
oder 0,1 Gramm Nelkenblüte
oder 0,05 Gramm Lorbeerblätter
oder 0,2 Gramm Majoran
oder 0,05 Liter Essig
oder 0,05 Liter Speiseöl
oder 3,0 Gramm gemahlener Zimt
oder 2,5 Gramm Senf (Mostrich). Bei Verausgabung von Trocken- (Klipp-) und Salzfischen wird neben der sonstigen Gewürzportion eine besondere Senfportion in obiger Höhe verabfolgt.

Tabak: 2 Zigarren und 2 Zigaretten
oder 30 Gramm Rauchtabak
oder 25 Gramm Kautabak
oder 5 Gramm Schnupftabak.

Dazu ist zu bemerken: Fleisch gibt es nur an sechs Tagen in der Woche. Für den siebenten, also fleischlosen Tag, kann an jedem Tage der Woche ein Weizenmehlzuschuß bis zu 20 Gramm gegeben werden. Truppen vorderster Linie können 200 Gramm für den Kopf und Tag erhalten. Dafür bekommen dann die übrigen aber entsprechend weniger. Die Tagessätze an Gemüse können zur Hälfte oder zu einem Drittel auch aus Kartoffeln bestehen. So lange die Kartoffelration von 1500 Gramm pro Tag nicht geliefert werden kann, darf für jede 100 Gramm fehlender Kartoffeln 80 Gramm Gemüse gegeben werden. Kaffee gibt es nur an sechs Tagen in der Woche, am siebenten Tage werden andere Getränke gegeben, in der Regel Tee. Die Kaffeeportion besteht pro Mann und Tag aus 5 Gramm Bohnen und 5 Gramm Malz- oder Gerstenkaffee. Fehlen diese Zusätze, dann sind insgesammt 10 Gramm Bohnenkaffee zu geben. Kakao dagegen wird nur nach ärztlicher Verordnung verabreicht. Die Versorgung mit Fett hängt natürlich ganz vom Nachschub ab, sodaß unter Umständen nur an drei Tagen Butter, dafür dann an zehn Tagen Wurstkonserven oder Fett, Schmalz, Marmelade gegeben werden kann.

Schwieriger liegt es mit der Verpflegung der Truppen in der Heimat. Für die Beköstigung dieses Teiles der Armee sind keine bestimmten Portionsmengen festgesetzt; es ist nur vorgeschrieben, eine gute und ausreichende Kost zu gewähren. Die Truppenteile erhalten Pauschbeträge, die sich zurzeit je nach den Teuerungsverhältnissen etwa zwischen 95 Pf. und 1,60 Mk. für den Kopf und Tag bewegen. In der Festsetzung des Speisezettels und der Bemessung der Verpflegungssätze haben die Truppenteile nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel im allgemeinen freie Hand. Nur hinsichtlich der rationierten Verpflegungsmittel ist der Verbrauch an Höchstmengen gebunden, die für Fleisch 300 Gramm und für Fette aller Art 60 Gramm wöchentlich betragen. Außerdem werden an Brot täglich 500 Gramm geliefert, die natürlich auf die oben erwähnten Pauschbeträge nicht angerechnet werden. (B. 287

Frauenarbeit und Frauenrecht

Auf Veranlassung des Bezirksvorstandes der westpreußischen Sozialdemokratie haben mehrere öffentliche Frauenversammlungen in Westpreußen stattgefunden, die sich mit obigem Thema beschäftigten.

In den Versammlungen in **Elbing**, **Graudenz** und **Marienwerder** referierte Genosse **Gehl**. Er führte etwa folgendes aus:

Im Laufe der Jahrhunderte und vielleicht Jahrtausende hat die Frau zu den Unterdrückten gehört. Seitdem mit der Einführung des Privateigentums die alte Organisation der mutterrechtlichen Familie zerfiel, nahm der Mann das Szepter in die Hand und die Frau wurde bei den meisten Völkern zum schwerbelasteten Arbeitstier, das nicht nur die Pflege der Kinder, die Mühen des Haushalts, sondern auch noch die Gartenwirtschaft, die Feldarbeit und manches andere übernehmen mußte. Auch bei den wenigen Völkern und in den Schichten, wo man der Frau so schwere Zumutungen nicht stellte, wurde sie auf alle Fälle bei der Bestimmung des Familienwillens vollständig bedeutungslos. Auch das Christentum, das sich der Unterdrückten der ganzen Erde mit Liebe anzunehmen versprach, hat für die Frauen, die ihm so treulich anhängen, in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung nur wenig geleistet.

Im Wandel der Zeiten sind die Sitten milder geworden und die Anschauungen über die Frauen haben sich wesentlich gebessert. *Was sich aber zu wenig besserte und änderte, das war das Recht und die Rechtstellung der Frau.*

Besonders bedauerlich ist diese Erscheinung angesichts der Tatsache, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Frau eine ganz andere geworden ist als früher, daß sie geradezu nach größerem Rechte schreit. Abgesehen von den Frauen der reichen Leute muß festgestellt werden, daß die Frau ebenso gut wie der Mann im kapitalistischen Zeitalter im wachsenden Maße in das Arbeitsverhältnis eingetreten ist." Wir sehen heute nicht nur weibliche Kontoristen, Verkäuferinnen und weibliche Fabrikarbeiter in allen möglichen Betrieben, wir sehen heute Frauen und Mädchen auch in Berufen, in denen man sie früher nie zu suchen gewagt hätte. Die Zunahme der Frauenarbeit hat sich in der Kriegszeit im Verhältnis zu ihrem Umfang, den die Berufszählung von 1917 feststellte, mehr als verdoppelt. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird durch die Statistik der Krankenkassen bewiesen. Einen ganz gewaltigen Zustrom weiblicher Arbeitskräfte in Industrie und Gewerbe stellen in der Hauptsache Frauen über 20 Jahre. Es sind also viele Zehntausende verheiratete Frauen, Familienmütter, die gezwungen werden, zu verdienen und den Ausfall männlicher Arbeitskraft zu ersetzen. Deshalb müßte der gesetzliche Arbeiterinnenschutz durchgreifend gestaltet und soziale Reformen zugunsten der Mütter und Kinder wie zur Entlastung der Hausfrauen eingeführt bezw. vervollständigt werden. Wenn die wirtschaftliche Bedeutung der Frau von den maßgebenden Stellen richtig gewürdigt würde, so hätten der Frau schon längst dieselben Rechte derer gegeben werden müssen, deren Stelle sie jetzt vertritt. Es ist unnatürlich, die Hälfte des Menschengeschlechts dauernd als unmündig zu behandeln. Das wird geradezu schreiende Ungerechtigkeit in einer Zeit, wo diese rechtlich mißhandelte und politisch für tot erklärte Hälfte mit ihrem Fleiß, ihrem Verstande dafür sorgt, daß die große Maschine der Wirtschaft im Gange bleibt. Es ist also notwendig, der Frau zu einem besseren Recht und höherer Bedeutung zu verhelfen. Dazu gehört

Stroz*)

[illegible] Type aus dem städtischen [illegible]

Noch schlimmer dran als ein Berliner [illegible], der alle vier Tage mal nachts aus dem Bette muß, um einem neuen Weltbürger zum Leben zu verhelfen, ist der Warschauer Stroz, zu deutsch Portier — pardon Türhüter!

Als ich am ersten Tage meines mehrere Monate dauernden Aufenthaltes in Warschau endlich ein halbwegs reinlich aussehendes, nicht zu teures Zimmer gefunden hatte, tat ich die in solchem Falle übliche Bitte des Berliners: „Also nu geben Se mir bitte Drücker und Hausschlüssel", worauf ich die prompte Antwort erhielt: „Hausschlüssel gibt es hier nicht!" In diesem Augenblick überfiel mich eine Heidenangst, daß man in Warschau nach 10 Uhr nicht mehr das Haus verlassen dürfe oder nur unter großen Schwierigkeiten hineinkönne. Während sich meine Wirtin — eine Reichsdeutsche — sich den Schrecken ob ihrer Antwort auf meinem Gesicht malen, aber menschenfreundlich — wie sie nun einmal ist — beruhigte sie mich und erklärte mir die ebenso einfache wie praktische Anwendung des Wortes: „L'homme machine", indem sie auf den Stroz als auf den wandelnden Hausschlüssel in der Nacht hinwies. Ja, dieser Mann, den du entweder auf einem Bänkchen hinter der Haustüre oder hinter einer kleinen, oft zerbrochenen Fensterscheibe in einer kleinen Bude im Hausflur sitzen siehst und der dich die ersten Tage salutierend ansieht, meist recht schlecht gekleidet ist, oft in dem kleinen Raum noch seine Frau und mehrere kleine Kinder beherbergt — das ist der Stroz. In Warschau bei Nacht — eine der Hauptpersönlichkeiten. Du hast gebummelt und kommst um 2 Uhr nach Hause. Klingelst an der Haustür; sie hat eine Scheibe — meist hat sie ein vergittertes Guckloch — so siehst du das Licht in der Bude des Stroz aufflammen, siehst du siehst, wie er sich schnell notdürftig bekleidet, und nun, den großen Schlüssel in der einen, ein Licht in der andern Hand, kommt er angeschlurft oder angetappt und schließt dir auf. Dafür erhält er ein kleines Trinkgeld, für das er sich je nach Höhe tief verbeugt und „Dziekuje" (Danke) murmelt. Am nächsten Tage war es schöner Wetter, du bist in der [illegible] zum Fassl Kempa gewandert und hast dich verspätet. Es ist 11 Uhr, als du vor der Haustür stehst. Sie ist seit 10 Uhr verschlossen. Also klingelst du wieder und hast dasselbe Schauspiel wie gestern. Der Warschauer Stroz muß unter seinen vielen Eigenschaften die eine besitzen, wenn er seinen Beruf erfüllen will: er muß einen Hasenschlaf haben. Es gibt aber auch solche, die wie die Murmeltiere schlafen, und es soll nicht zu den Annehmlichkeiten dieser Welt gehören, in strömendem Regen vor der Haustüre seinen Groschen schon seit einer Viertelstunde in der klamm gewordenen Hand haltend, zu stehen, ab und zu wütend zu klingeln, gegen das verschlossene Tor zu poltern und dabei das seelenruhige gleichmäßige Schnarchen des Stroz aus seinem Verließ heraussägen zu hören.

Aber nicht allein dies ist des Stroz' Aufgabe, sondern außer der Reinigung der Treppen und Flure und der Versorgung der Hausbeleuchtung auch die Reinhaltung der Straße vor dem Hause. Warschau ist infolge der hohen Lage und des Sandbodens eine trockene Stadt. Die Holzpflasterung, die in den meisten Straßen der inneren Stadt durchgeführt ist, tut im Sommer das ihre, Staub zu erzeugen. Aber Warschau kennt bis heute keine Sprengwagen. Also, was geschieht? Früh morgens um 6 Uhr hat man ein eigenartiges Bild: die Straßen sind dann meist noch menschenleer, hin und wieder nur wandert ein Jude mit einem Bündel raschen Schrittes dahin, vor jedem Hause aber steht der Stroz, einen großen Wasserschlauch in der Hand, der aus einem an jedem Hause angebrachten Wasserhahn gespeist wird, und sprengt ganz ordentlich Bürgersteig und Damm und, wenn er ein übriges tun will, auch den unteren Teil des Hauses. Es ist ein unvergeßlicher Anblick, so eine Straße entlang alle diese in weitem Bogen sprigenden Strozs zu sehen. Nichtsdestoweniger aber kann es, wenn irgendwo Feuer ausbricht, vorkommen, daß man, trotzdem ein famos gehaltener Schlauch und Wasseranschluß in jedem Hause ist, ihn nicht in Anwendung bringt, sondern es lieber eine halbe Stunde brennen läßt, bis die Feuerwehr angerasselt kommt und ihre Schläuche anlegt.

Eine weitere löbliche Beschäftigung des Stroz ist außer dem Wassersprengen, das im Sommer meist mehrere Male am Tage vorgenommen werden muß, die Reinhaltung der Straße von allerhand Schmutz, Kehricht, Papier. Zu den Requisiten des alten, deutschen Nachtwächters gehörte Horn und Spieß, zu denen des modernen Warschauer Stroz gehört ein mächtiger Besen und eine ebenso mächtige Schippe. Läuft wo ein Pferd vorbei und läßt was fallen, so wird man, falls der Stroz nicht an der Tür sitzt und auf dieses die Eintönigkeit seines Lebens belebende Ereignis lauert, den Milizmann (Straßenpolizist), der immer irgendwo in der Nähe steht, flugs auf das durch das Pferd also ausgezeichnete Haus losgehen, die Hausklingel in Bewegung setzen und dem erscheinenden Stroz mit pathetisch hinweisender Handgebärde anzeigen sehen, daß dort etwas geschehen sei, dessen Vertilgung in seine Amtsbefugnisse gehöre. Ist dies schon bei dem augenblicklich immerhin noch regen Wagenverkehr sehr wichtig und gibt es der ganzen Stadt ein Aussehen lobenswerter, peinlicher Sauberkeit, so wird es bei Zeiten starken Schneefalls, wie etwa im letzten Winter, geradezu zum Segen der Stadt. Denn im Nu sind die Straßen gereinigt, wenigstens die Bürgersteige, und man kann durch nichts behindert seine Spaziergänge (und der Pole geht viel spazieren) wie im Sommer auch mit „kaputen" Stiefeln unternehmen.

In Deutschland ist das, was in Warschau der einzelne für sich oder in bezug auf den Hausschlüssel für alle tut, entweder verallgemeinert, öffentlicher Pflege unterstellt oder mechanisiert. Das erste hängt mit der Russenzeit zusammen, die so etwas wie städtische Verwaltung ungern aufkommen ließ, das andere ist ja auch z. B. in Paris und Petersburg zu finden. Früher hatte der Stroz noch eine große Obliegenheit: er mußte die Hausnummern, die an einer blauen Laterne mit transparenten, weißen Ziffern angebracht sind, erleuchten — eine ganz ausgezeichnete Einrichtung, die aber jetzt fortgefallen ist, wohl um Licht zu sparen.

Der Stroz wüßte über den Lebenswandel, wenn er klatschen wollte, eines jeden Mieters genau zu berichten, er kennt die Stubenhocker ebenso gut wie die Bummelanten — aber er tut es nicht: er empfängt seinen Obolus, macht seine Verbeugung, murmelt sein „Dziekuje", ist aber im übrigen stumm wie ein Grab. Das ist, wir wollen es nicht verschweigen, sondern dankbar anerkennen — eine der schönsten Eigenschaften dieser einzigartigen Type im Warschauer Stadtleben.

O. W. F.

*) [illegible]

h, daß man der Frau das Stimmrecht und damit das cht gibt, teilzunehmen an der Arbeit in den Parlamenten. Frau leidet viel mehr unter einer schlechten Politik als Mann.

Die Sozialdemokratie hat planmäßig und bewußt seit rzehnten an der Befreiung der Frauen gearbeitet und die derung des Frauenstimmrechts vertreten. Auch der Würger Parteitag nahm einstimmig eine Resolution an, die die Frau größere Rechte und das Stimmrecht fordert. cht der Frauen ist es, mitzuarbeiten an dem Werk ihrer reiung, was am besten geschehen kann innerhalb der ialdemokratischen Partei, die sich planmäßig und mit rgie aller Unterdrückten annimmt.

Der Erfolg der Versammlungen war eine größere Anl Neuaufnahmen für die Partei und Gewinnung neuer nnenten für die „Volkswacht".

In der Versammlung in Marienwerder gab es Ueberraschung. In der Diskussion sprach als erster der der Ohraer Versammlung her bekannte Herr Eberlein den unabhängigen Sozialisten. Er gab zu, daß der Rede die Verhältnisse richtig geschildert hätte, meinte aber, er e vergessen zu sagen, daß die stolze Sozialdemokratie gelten sei und daß sie bisher nichts erreicht habe. Genosse hl ging dem Spaltungstheoretiker scharf zu Leibe. Er te ihn auch, was denn die unabhängige Sozialdemokratie er erreicht habe. Darauf wußte Eberlein nichts zu antten. Er schimpfte nur auf Scheidemann, von dem man sich agen müsse, und behauptete, daß es den Unabhängigen unglich sei, Flugblätter zu verbreiten und Versammlungen abalten. Diese Behauptung widerlegte er aber sofort selber, m er erklärte, am letzten Sonntag eine Versammlung in zig abgehalten zu haben, wo er — 50 Neuaufnahmen geht habe.

Der Erfolg des Abend war, daß eine größere Anzahl e Abonnenten für die „Volkswacht" gewonnen wurde. Herr rlein hat sich also umsonst bemüht unsere Bewegung in rienwerder auseinander zu organisieren. Auch Genosse fulke fertigte ihn mit trefflichen Worten ab.

In Preußisch-Friedland referierte Genossin the Leu und in Danzig Genosse Wilh. Schulz, mberg, über dasselbe Thema. Beide Versammlungen sind verlaufen. In beiden wurden Aufnahmen für die Partei acht und Abonnenten für die „Volkswacht" gewonnen.

In Flatow wurde, wie schon mitgeteilt, die öffentliche sammlung verboten. Die Wirkung war, daß unsere Genin Beckmann 14 Aufnahmen für die Partei machen nte.

Danziger Nachrichten

Vergehende Pracht.

In Pracht und Farbenrausch geht die Natur zur Ruhe. Wenn Tage auch trüber und kürzer werden, wenn auch kalte Regen niederrauschen: der Oktober ist doch einer der schönsten Monate Jahre.

Wie hat sich der Wald in kurzer Zeit verändert! Wie ein er Riesenteppich liegt er im Glanze der Oktobersonne vor uns, hlend in hundert Farben. Als Scheidegruß spendet uns der ende Sommer die buntesten Bilder. Die Rotbuche hat ihr tiefstes n mit einem warmen Braunrot vertauscht. Im reinsten Schwefelgelb treten die Kronen der Ahorne, der Birken und der Weißbuche vor. Die Eiche ist düster bräunlichgelb; scharlachrot leuchten die ter des Kirschbaumes und der Vogelbeere. Die Erle zeigt ein es Braungrün, und scharf heben sich von dem farbigen Hinterde die dunklern Nadelhölzer ab, die blaugrünen Kiefern und die arzgrünen Fichten.

Aber nicht nur die Blätter, auch manche Früchte fallen durch leuchtenden Farben auf. Hier zeigen die Schlehensträucher ihre en, mit wachsartigem Ueberzug geschmückten Steinfrüchte. Der delbaum ist mit seinen eigentümlich gestalteten roten Samenln, den Pfaffenkäppchen, dicht beladen. An den schwanken, enbesetzten Zweigen der Heckenrose schaukeln die rotbackigen ebutten. Die Eberesche trägt dicke Büschel korallenroter Beeren vielmehr Aepfelchen. Rote Beeren hat die Maiblume, der nstab und der Seidelbast, schwarze der Efeu, der Holunder, der ister, die Brombeere und die Tollkirsche.

Noch erfreut all die Herrlichkeit, noch haftet viel Laub an den men, noch zeigt die Natur Tag für Tag ein verändertes reizs Bild.

Aber nur noch für Tage hält die Pracht. Der Herbstregen hat die bunten Blätter zu Milliarden auf den Erdboden gewebt. einige kalte Nächte, noch ein letztes Atemholen des Herbstnes und kahle Aeste starren in die kurzen Wintertage.

Herbstfeier der Arbeiterjugend

Am Sonntag den 11. November feiert die Danziger eiterjugend im Bürgergarten ihre diesjährige Herbstfeier. Programm ist wieder sehr reichhaltig und künstlerisch ählt zusammengestellt. Die früheren Veranstaltungen der eiterjugend fanden immer vielen Anklang durch die sorgge Wiedergabe des Programms. Möge auch diesmal der end ein volles Haus beschieden sein. Näheres siehe aus heutigen Anzeige.

Stadttheater.

Der Erfolg des „Dreimäderlhaus" hatte andere Dichter Komponisten nicht schlafen lassen. So sind schon mehrere gspiele entstanden, die Episoden aus dem Leben berühmter nponisten behandeln und deren Melodien verwerten. Jedoch erreichen diese Nachahmungen nicht das Vorbild. „Fahde Musikanten" schildert eine Liebesepisode aus dem Leben umanns. Die Handlung des Stückes ist jedoch äußerst ger, Schumanns Melodien sind an jeder möglichen und unglichen Stelle verwendet. Das Stück fand bei der hiesigen Aufführung am vorigen Sonntag lebhaften Beifall. Er in der Hauptsache durch die flotte Darstellung verdient. Hofmüller spielte mit großer Aehnlichkeit den Schuhm, und erfreute auch mit seinem angenehmen Organ durch frische Wiedergabe Schumannscher Melodien. Hilde umann war, wie immer, eine unübertreffliche Partnerin. ch ihr munteres Spiel zeichneten sich auch Frl. Kling und r Birneburg aus. Herr Trebe trug durch seinen hor wesentlich zum Erfolg bei. — Zum 400. Reformationswurde am Mittwoch die dramatische Dichtung „Luther" Schröder gegeben, ein Gelegenheitswerk, das wahrscheindie Jubelfeier nicht lange überleben wird. Das Stück ist wenig dramatisch gestaltet. Lediglich im 3. und 5. Aufzug ert etwas von wirklichem Leben. Wenn das Stück bei der hiesigen Aufführung so starken Beifall fand, so lag das wohl lediglich an der Feststimmung, die manchem Wort der Dichtung zu einer Wirkung verhalf, die es sonst wohl nicht auslösen wird. Erich Klopsch spielte die Titelrolle. Wenn sein Luther aber nicht befriedigen konnte, liegt das in der Hauptsache an dem Stück, das aus Luther eine Deklamationsfigur machte. Von den andern Darstellern seien noch die Herren Walden und Falk hervorgehoben. Die Spielleitung führte Herr Direktor Schaper.

Direktes Globus-Theater

bietet mit dem neuen Spielplan eine reiche Abwechslung. Als Stern des Programms kann man Franz Rivoli bezeichnen, einen berühmten Darstellungskünstler, der auch im Berliner Wintergarten mit großem Erfolge aufgetreten ist. Für reichlichen Humor sorgen Fritz Waldow, ein beliebter sächsischer Komiker und Willi Dickow als Bauchredner. Den Schluß des reichhaltigen Programms bildet die Aufführung des Zeitbildes „Aus dem Goldlande zurück." Sonntag finden wieder zwei Vorstellungen statt.

Im Wilhelmtheater

brachte Direktor Deubert in dieser Woche die Straußsche Operette „Ein Walzertraum" heraus. Das Stück gehört zu den besseren seiner Art. Die Darstellung war flott und lebendig und konnte auch gesanglich befriedigen, da Direktor Deutsch einige neue Kräfte verpflichtet hat. Ab Sonnabend gelangt die Posse „Sonnenwendzauber" zur Aufführung. In Vorbereitung befindet sich „Der liebe Augustin" von Leo Fall.

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt

hält am Sonntag den 4. November 1917, nachmittags 3½ Uhr, seine vierteljährliche Generalversammlung ab, in welcher auch der Bericht vom Parteitage in Würzburg erstattet werden wird. Wir weisen deshalb auch an dieser Stille besonders darauf hin.

Eine Frauenversammlung

des Sozialdemokratischen Vereins fand Sonntag nachmittag im Lokale der Witwe Steppuhn statt. Genosse Schulz-Bromberg sprach über „Frauenarbeit und Frauenrecht". Er wies zunächst auf das ungeheure Anwachsen der Frauenarbeit während des Krieges hin, erörterte die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung und sprach dann eingehend über die Notwendigkeit der Beteiligung der Frau am öffentlichen und politischen Leben. Genosse Schulz schloß mit einem warmen Appell an die Versammelten, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen und für diese neue Anhänger zu werben.

An der Aussprache beteiligten sich mehrere Kriegerfrauen, die besonders über die ungenügende Unterstützung der Kriegsangehörigen seitens der Kommune und die ungerechte Lebensmittelverteilung Klage führten. E. B.

Der Gautag des deutschen Holzarbeiterverbandes für Ost- und Westpreußen

fand am 28. Oktober 1917 in Steppuhns Bürgergarten zu Danzig statt. Die Zahlstellen waren durch 28 Delegierte vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege König, Berlin, von der Agitationskommission Westpreußens Genosse Nagrotzki anwesend. Der Gauvorsteher Sickfeld gab einen Rückblick auf die verflossenen Kriegsjahre und deren schweren Einwirkungen auf die Zahlstellen. Trotz aller Schwierigkeiten ist überall Vorwärtsentwicklung zu konstatieren. Anerkennend gedenkt Redner der im Felde stehenden und bereits gefallenen Kollegen. Die Delegierten ehrten deren Andenken. Einige Begrüßungsschreiben von Feldgrauen kamen noch zur Verlesung. — Genosse Nagrotzki wünschte der Tagung guten Erfolg; er hoffe, daß die Gewerkschaftsbewegung sich geeint erhalten und stark aus dem Kriege hervorgehen wird.

Vorstandsmitglied Kollege König kennzeichnete in einstündigem, agitatorisch wirkendem Referat die Kriegsmaßnahmen des Verbandes und die Erfordernisse der Zukunft. Die Zentralisierung des Kassenwesens ist dringendes Gebot geworden, um neuen Anforderungen zu genügen. Dem wird durch die Vorlage des Vorstandes auf Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungssätze entsprochen. Die geschaffenen Tariflohnklassen rechtfertigen eine entsprechende Klassifizierung der Beiträge. Für die tatsächlich Unterstützungsbedürftigen müssen die Unterstützungseinrichtungen erhöht und erweitert werden. Mit der Bemessung der Streikunterstützung ist der Geldentwertung und vielleicht auch den schwersten Zumutungen entgegengetreten.

In der Diskussion kam durch zwölf Kollegen das Für und Wider zur Vorlage des Vorstandes zum Ausdruck. Kollege König konstatierte die Einmütigkeit zur stärkeren Finanzierung des Verbandes, um auch gegen größerere Kämpfe gerüstet zu sein. — Nach der Mittagspause erfolgte die Beratung von Anträgen der Zahlstellen. Antrag Danzig: Statt 15 Prozent sollen die Zahlstellen bis 2000 Mitglieder 20 Prozent, mit mehr Mitglieder 15 Prozent für Verwaltungszwecke erhalten, wird angenommen. — Die Aufrechnung der Unterstützungen, wie sie die Vorlage will, wurde abgelehnt. — Antrag Königsberg: Die Streikunterstützung mit 80 Prozent zu erhöhen, fand Annahme. — Alle weiteren Punkte der Vorlage blieben unverändert.

Sickfeld erörtert noch die Durchführung der Vorlage, die zum 1. Juli 1918 in Kraft treten soll. — Zur Statutenberatungskommission wird Kahl, Königsberg, gewählt. — Nachdem dem Kollegen Krüger als Vertreter Danzigs für die fürsorgliche Aufnahme seitens der Delegierten gedankt worden, wurde die Konferenz nachmittags 5 Uhr beendet.

Lohnforderungen im Baugewerbe

Am 28. Oktober fand im Steppuhnschen Lokale eine gut besuchte Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes statt. Nachdem der Kassierer, Kollege Haß, den Kassenbericht erstattet hatte, hielt Kollege Schulz, Bromberg, einen Vortrag über: Teuerungszulagen und Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel, an den sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Alle Redner verurteilten entschieden das ablehnende Verhalten des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, in Verhandlungen einzutreten zwecks Gewährung einer Teuerungszulage für dieses Jahr. Die Kollegen wollen sich mit dem ablehnenden Bescheid auf keinen Fall zufrieden geben.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 28. Oktober 1917 tagende Versammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Danzig, protestiert auf das Entschiedenste gegen die Haltung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, der eine zweite Teuerungszulage für dieses Jahr abgelehnt hat. Die Versammlung ersucht den Hauptvorstand, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um eine zweite Teuerungszulage noch für dieses Jahr zu erwirken. Sollte das dem Hauptvorstande nicht möglich sein und der Preis für Lebensmittel und Bedarfsartikel in der jetzigen Höhe bestehen bleiben oder noch weiter erhöht werden, so empfiehlt die Versammlung, den Reichstarif nicht weiter zu verlängern, um den Zweigvereinen die Möglichkeit zu geben, selbständig ihre Lohnverhältnisse zu regeln.

Demonstration gegen die Vaterlandspartei

Endlich hat sich auch der Liberale Verein in Danzig entschlossen, gegen das gefährliche Treiben der Vaterlandspartei entschieden Front zu machen. Er veranstaltete in der Sporthalle eine öffentliche Versammlung, in der Dr. Friedrich Naumann über das Thema „Krieg und Frieden" sprach. Die Versammlung war äußerst stark von Anhängern aller Parteien besucht und wuchs sich zu einer imposanten Demonstration gegen die alldeutsche Agitation und gegen die Vaterlandspartei aus. Naumann redete etwa zwei Stunden. Er verteidigte die Friedensresolution des Reichstags nicht nur, sondern sagte den „Vaterländischen" manche bittere Wahrheit, die diese durch lebhafte Zurufe quittierten.

Rechtsanwalt Wannow, der als erster Diskussionsredner in Uniform für die Vaterlandspartei eine Lanze brechen wollte, fiel glänzend ab. Die Versammlung wollte ihn nicht hören. Immer und immer wieder schallten ihm aus Hunderten von Kehlen Schlußrufe entgegen. Nur mit großer Anstrengung gelang es ihm, sich Gehör zu verschaffen. Seine wenigen Anhänger, meist sehr alte Heimkrieger und junge Burschen von der Marinejugendwehr, klatschten wie rasend Beifall, als er schloß. Die Mehrzahl der Versammlung hatte sich aber, vielleicht schon vor der Rede Naumanns, ein anderes Urteil über die Vaterlandspartei gebildet und lehnte sie und ihre Ziele gründlich ab. Das kam auch zum Ausdruck während der Rede des Dr. Gräbner, als er erklärte, der Vaterlandspartei nicht anzugehören. Ein lautes Bravo! von fast der ganzen Versammlung war die Antwort darauf. Diese Belohnung des Redners war aber verfrüht. Im Verlaufe seiner Rede vertrat er die sogenannten Ziele der Vaterlandspartei und zeigte damit, daß er innerlich zu ihr gehört. Wie ganz anders wirkten die wenigen kraftvollen Worte der Genossin Käthe Leu. Sie erklärte gegenüber dem Rechtsanwalt Wannow, der die sozialistisch gesinnten Soldaten gegen eine falsch verstandene Aeußerung Naumanns in Schutz nehmen wollte, daß diese eben kämpften, weil sie wissen, daß Deutschland für seine Verteidigung kämpft und weil das harte Muß sie dazu zwingt. Diese Stimmung unserer Soldaten würde wesentlich umschlagen, wenn die vaterländischen Eroberungspläne zur Geltung kommen würden. Eine besondere Vaterlandspartei zu gründen sei völlig zwecklos, denn die eigentliche Vaterlandspartei sei vom Kaiser am 4. August 1914 gegründet worden. Die gesamten arbeitenden Frauen ständen hinter der Friedensresolution des Reichstags und lehnen es ab, ihre Söhne einem Eroberungskriege zu opfern.

Die Vaterlandspartei hat in dieser Versammlung, in der das Bürgertum sehr stark vertreten war, einen derben Reinfall erlitten. Das mochten ihre Leiter vorausgeahnt haben, denn sie hatten für den nächsten Tag eine Gegendemonstration in demselben Lokal vorgesehen, die aber nicht die Hälfte der Besucherzahl aufzuweisen hatte, wie die Versammlung am vorhergehenden Abend. In dieser Versammlung wurde, wie nicht anders zu erwarten war, auf die Reichstagsmehrheit weidlich geschimpft. Eine unbekannte Größe der Vaterlandspartei meinte sogar, in Bezug auf die Naumann-Versammlung, er hätte den Eindruck gehabt, als wäre er in einer Versammlung von Feinden gewesen. Der Mann scheint sich in einer geistigen Verfassung befunden zu haben, in der man ihm nichts übel nehmen kann. Mit solchen „Kriegern" dürfte die Vaterlandspartei keinen werbenden Eindruck machen.

Jedenfalls ist auch durch die Naumann-Versammlung bewiesen, daß die Mehrzahl der Danziger Bürger, wie schon vorher die Arbeiter in der Buck-Versammlung in Ohra, für den Verständigungsfrieden sind und den vaterländischen Eroberungsfrieden ablehnen. Etwas anderes war von vornherein auch nicht zu erwarten. Besser wäre es vielleicht noch gewesen, wenn in der Naumann-Versammlung durch Annahme einer Entschließung die wenigen alldeutschen Stimmen hätten festgestellt werden können.

Heerschau der Vaterlandspartei

Dazu wird uns von bürgerlicher Seite geschrieben:

Die Vaterlandspartei zeigt sich immer klarer als das, was sie ist, eine Zusammenfassung jener Leute, die den neuen Geist fürchten, die die Entwicklung des deutschen Volkes zu Freiheit, Wohlstand und Selbstbestimmung verhindern wollen. Die Versammlung der Vaterlandspartei am 28. Oktober in der Sporthalle in Danzig war in dieser Richtung lehrreich. Der Reichstagsabgeordnete Naumann fand in der Volksversammlung am Abend vorher in der überfüllten Sporthalle gute Worte für die Fortentwicklung des Volkes und sein Recht. Diese Tatsache hatte die Redner des nächsten Tages wild gemacht. Sie beschäftigten sich eigentlich nur mit Naumann und seinen Gedankengängen. Zunächst war es lehrreich zu sehen, wie Geheimrat Matthäi wirklich gänzlich ungeeignet ist, Vorsitzender der „Freien vaterländischen Vereinigung" zu sein. Die Berliner Gründer der Vaterländischen Vereinigung wollten eine gewisse Aussöhnung und Annäherung der Parteien und eine Milderung der Gegensätze. Ein klarer und gangbarer Weg schwebte ihnen zwar kaum vor, aber wer ehrlich diesem Gedanken dienen wollte, für den war es nicht schwer, einzusehen, daß dazu vor allem gehört, daß der Vorsitzende einer Ortsgruppe im politischen Kampfe sich nicht zu unberechtigten Verdächtigungen anderer Parteien hergibt und ihnen andere Beweggründe und Gedanken unterschiebt, als sie selber hegen und aussprechen. Wenn er z. B. vom Standpunkt der Vaterlandspartei aus die Mehrheitsparteien bekämpft, so kann er das ausreichend tun, wenn er

an das anknüpft, was diese Parteien offen und feierlich bekundet haben. Das hat Professor Matthäi in dem Vortrage in dieser Versammlung nicht getan. Er ging sogar so weit, von den äußeren und inneren Feinden zu sprechen, und die inneren Feinde als noch gefährlicher darzustellen, als die äußeren. Es war für jeden klar, daß damit die Mehrheitsparteien gemeint waren. Ein Mann wie Matthäi muß aber auch wissen, daß dies eine haltlose Verdächtigung ist, die man nicht aussprechen sollte, dazu noch mitten im Kriege. Er weiß auch, daß die Mehrheitsparteien sich wahrlich nicht als innere Feinde betrachten, sondern als die Führer des deutschen Volkes zu Glück und Wohlergehen und einer schönen Zukunft.

Es war weiter bemerkenswert, welche Beschimpfung sich der Vorsitzende der westpreußischen Vaterlandspartei, Landeshauptmann Freiherr Senfft von Pilsach, leistete. Ohne einen Namen zu nennen, verglich er deutlich genug Naumann und die Vertreter der Mehrheitsparteien mit Spionen und Agenten der Feinde. Soweit sind wir also schon unter dem Burgfrieden gekommen, daß ein Landeshauptmann solche beleidigenden Worte seinen politischen Gegnern zuruft. Als Landeshauptmann hat er amtlich gelernt, seine Worte zu wägen und auf ihre Wirkung zu prüfen. Aber aus diesen seinen Worten ist die grenzenlose Wut und der unbezwingbare Haß der Vaterlandspartei gegen die Mehrheit des Reichstags und des deutschen Volkes zu erkennen.

Hauptmann d. R. Wannow, Zoppot, hat den Ton der Versammlung ganz herunter gebracht und ihn auf eine reaktionäre Wahlversammlung eingestellt. Er war in Uniform erschienen und berief sich wiederholt sehr forsch auf Hindenburg, ohne dessen Mahnung zu beachten, ihn aus politischen Kämpfen fortzulassen und von neuem Burgfrieden zu schließen.

Ein Redner, dessen werte Person die Berichte leider nicht nennen, meinte sogar, daß er in der Volksversammlung am Abend vorher den Eindruck gehabt habe, in einer Versammlung von Feinden zu sein!

Lehrreich und klärend ist dies Auftreten der Vaterlandspartei auch für diejenigen Mitglieder der Mehrheitsparteien, die sich von der Vaterlandspartei haben einfangen lassen. Wenn diese Männer derartige Schmähungen ihrer politischen Partei und hervorragender Führer widerspruchslos anhören und aus der Vaterlandspartei nicht schleunigst austreten, dann besitzen sie eine Weitherzigkeit und eine politische Haut, über die man staunen müßte. Wenn nun aber gar der Vorsitzende des Danziger liberalen Vereins, Stadtrat Neumann, derartige gemeine Beschimpfungen eines so hervorragenden Abgeordneten und Politikers seiner eigenen Partei, wie Naumann, ohne Widerspruch anhört und daraus nicht die richtige Folgerung zieht, dann müßte jedes Verständnis für solch Verhalten schwinden.

Wir leben in einer gewaltigen Zeit. Nur Wenige haben erst begriffen, daß eine neue umwälzende Zeitepoche der Menschheitsentwicklung begonnen hat. Diese gewaltige Umwälzung muß naturnotwendig auch auf die Parteigestaltung einen Einfluß ausüben. Es ist deshalb gar nicht verwunderlich, wenn einzelne Personen sich in die neue Zeit nicht hineinfinden, für die sie innerlich noch nicht reif sind. Mögen sie dorthin gehen, wo sie sich heimischer fühlen, als bei den Mehrheitsparteien. Die Neuwahlen, denen wir zuversichtlich entgegen leben, werden die Dinge neu ordnen und den Mehrheitsparteien recht geben, dessen sind wir sicher.

Ein Zellulose-Werk an der Weichsel.

Die vereinigten Glanzstoff-Fabriken Elberfeld A.-G. beabsichtigen nach den Entwürfen des Generaldirektors Dr. Jordan und des Professors Bronnert eine Holzzellulose-Fabrik neuester Bauart an der Weichsel noch während des Krieges oder kurz danach zu erbauen. Als Erbauer und technischer Direktor wird Ingenieur Helff aus Danzig genannt. Die Anlage ist auf 8 Millionen Mark veranschlagt und soll alle Werke der Elberfelder Gesellschaft, besonders auch deren neues Unternehmen bei Stettin mit dem wichtigsten Rohstoff der Kunstseidenindustrie beliefern.

So rüstet das Großkapital in jeder Form zur zukünftigen Eroberung Deutschlands. Eine stärkere Mahnung zur innigsten Zusammenschweißung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gibt es nicht. Proletarier ihr seid gewarnt!

Wärmehallen

beabsichtigt der Magistrat in nächster Zeit einzurichten. Im Leucht- und Brennstoffamt wurde diese Angelegenheit eingehend beraten. In Aussicht genommen sind zunächst zwei Hallen in verschiedenen Stadtgegenden. Für gute innere Einrichtungen und Lesestoff soll gesorgt werden. Auf alle Fälle soll vermieden werden, den Hallen einen armenrechtlichen Charakter zu geben. Die Durchführbarkeit eines Antrages, den Besuchern eine warme Suppe zu geben, wird noch erwogen werden.

Städtisches Fuhrwerksamt

Wie bereits mitgeteilt, ist ein städtisches Fuhrwerksamt bei der städtischen Feuerwehr eingerichtet worden, das jedoch nicht in Wirksamkeit treten konnte. Es müssen zunächst die statistischen Unterlagen beschafft werden. Der Grundgedanke ist dieser, daß alle Pferdekräfte im Stadtkreise voll beschäftigt werden sollen. So wie die Menschen alle verpflichtet sind, ihre volle Kraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, so sollen auch die Pferdekräfte nicht besser gestellt sein. Man sieht jetzt noch, bei dem großen Mangel an Fuhrwerken zur Anfuhr von Kartoffeln, wohlgenährte Pferde in Danzig, die an Wochentagen Damen spazieren fahren. Auch Hochzeitsfuhrwerke sieht man, die durch die Straßenbahn ersetzt werden könnten. Und Pferde, die an Wochentagen nicht genügend beschäftigt waren, werden am Sonntag durch Spazierfahrten in Bewegung gesetzt. Das städtische Fuhramt würde in der Lage sein, je nach Bedarf alle Pferde zur Anfuhr von Kartoffeln, dann von Kohlen usw., einzuspannen, wie man auf dem Lande alle Fuhrwerke zur Anfuhr von Nutzholz beordert hat. Und wenn sich aus dem Mangel an Fuhrwerken Ernährungsschwierigkeiten ergeben, dann ist nicht einzusehen, weshalb man nicht auch bei uns dasselbe tut, das in andern Gegenden längst allgemein üblich ist, nämlich, daß man auch das Rindvieh als Zugtiere benutzt.

Ueber Beschlagnahme und Bestandserhebung von Eisen, Stahl und Blechen veröffentlicht das stellv. Generalkommando des 17. Armeekorps eine Bekanntmachung im Anzeigenteil dieser Nummer.

Ueberteuerung mit Anzügen und Stoffen

Anzüge und Stoffe, die in der Zeit vor der Regelung des Verkehrs mit diesen Waren beschafft wurden, müssen zu den Preisen verkauft werden, die damals festgesetzt wurden. Von der Ehrenhaftigkeit des Kaufmannsstandes wurde bei Erlaß dieser Vorschrift erwartet, daß die Anordnung, deren Beaufsichtigung schwer durchzuführen ist, beachtet wird. Nicht immer wurde dieser Erwartung entsprochen. Der Kaufmann Richard Strohmenger in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen eines solchen Vergehens zu verantworten. Er verkaufte im Jahre 1917 Herrenanzüge, Sommerüberzieher usw. zu Preisen, die den zugelassenen Preis um 50 bis 250 Prozent überstiegen. Und Herrenstoffe wurden mit einem Ueberverdienst von 30 Mk. am Meter verkauft. Dies konnte bei einer Revision festgestellt werden. Der Angeklagte, der die Preise an den Anzügen ungeschrieben hatte, entschuldigte sich damit, daß er beim Verkauf von dem ausgezeichneten Preis bis zu 50 Prozent würde haben abhandeln lassen. Ferner habe er das Lager am 1. April 1915 von seinem Sozius mit einem Aufschlag von 50 Prozent übernehmen müssen. Die Preise seien den jetzigen Preisen angemessen gewesen. Das Gericht ließ diese Entschuldigung nicht gelten und erkannte auf eine Geldstrafe von 1000 Mk.

Wer ist von den Schnellzug-Zuschlägen befreit?

Es wird gemeldet: Die Ergänzungsgebühr ist von folgenden Personen und Angehörigen von im öffentlichen Verkehr stehenden Vereinigungen nicht zu zahlen:

1. Mittellose Kranke und andere hilfsbedürftige Personen, mittellose Zöglinge und Pfleglinge der öffentlichen Blinden- und Taubstummenanstalten, epileptische Kranke usw.: bei Reisen zur Aufnahme in Anstalten und beim Wiederaustritt aus denselben.

2. Angehörige der in Deutschland ansässigen weltlichen und geistlichen Vereine und Genossenschaften in Ausübung freier Liebestätigkeit.

3. Deutsche Kriegsteilnehmer, und zwar die vom Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz unterstützten Mitkämpfer der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71, sowie des gegenwärtigen Krieges bei Reisen zum Besuch von Kurorten oder zur Aufnahme in ein Kriegererholungsheim.

4. Angehörige deutscher Kriegsteilnehmer zu Besuchsreisen erkrankter Krieger oder zur Teilnahme an der Beerdigung verstorbener Krieger.

Ferner sind von der Zahlung der Ergänzungsgebühr befreit die Inhaber der für den Monat Oktober ausgefertigten Monats- und Monatsnebenkarten. Vom 1. November d. Js. an dürfen Monatskarten nur gegen Entrichtung des Schnellzugszuschlages und Lösung einer Ergänzungskarte für Schnellzüge zugelassen werden.

Die nach den Vorschriften der Militär-Eisenbahnordnung zu Schnellzügen geltenden Militärfahrausweise (Militärfahrscheine und Militärfahrkarten) sind gleichfalls von der Abgabe befreit. Bemerkt sei noch, daß an Kinder mit Fahrkarten zum halben Preise Ergänzungskarten zum halben Preise der für Erwachsene zu zahlenden Ergänzungsgebühr ausgegeben werden.

* **Krieg und Tuberkulose.** Nach den Mitteilungen des Freiburger Universitätsprofessors Dr. Clotz in einem Vortrage ist die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen in Baden durch den Krieg wieder auf dem Stand von 1904 angelangt. Damals registrierte man 4200 Fälle, 1914 aber nur noch 2900 Erkrankungen.

* **Lungenheilverfahren für versicherte Angestellte.** Die Lungenheilstätten, die mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Verbindung stehen, sind jetzt voll belegt. Ein Teil der Versicherten muß längere Zeit auf ihre Einberufung in die Heilstätte warten. Das Direktorium hat deshalb jetzt den Versicherten anheimgestellt, sich selbst einen Platz in einer Heilstätte zu suchen, die ärztlich geleitet und den wissenschaftlichen Anforderungen entspricht. Die Versicherten erhalten zu dieser Kur einen angemessenen Zuschuß, zunächst auf die Dauer von drei Monaten. Die Höhe entspricht den Kosten in den Anstalten der Reichsversicherungsanstalt, im allgemeinen bis zu 8 Mk. täglich.

* **Hausbesitzer und Mieter.** Das Reichsgericht hat die grundlegende, die Rechtsanschauungen weiter entwickelnde Entscheidung getroffen, daß ein Mieter, der Familie hat, wenn er einen Mietvertrag abschließt, dies nicht bloß für seine Person allein tut, sondern auch zugunsten seiner Angehörigen und seiner Dienstboten, also für den Gesamthaushalt, und zwar mit der Wirkung, daß den Angehörigen und Dienstboten unmittelbar vertragliche Ansprüche gegen den Vermieter zustehen. Die Frau, die Kinder, die Dienstboten sind berechtigt, z. B. auf die gesundheitsschädliche Beschaffenheit der Wohnräume eine Schadenersatz-Klage gegen den Vermieter zu stützen, und dieser muß ihre berechtigten Ansprüche gegen sich gelten lassen. Dies kann u. a. von erheblicher Wichtigkeit sein, wenn, wie in dem zur Entscheidung stehenden Falle, ein Kind des Mieters sich in der bislang von einem Lungenschwindsüchtigen innegehabten Wohnung die gleiche Krankheit durch Ansteckung zuzieht. Das Reichsgericht hat entschieden, daß in einem solchen Falle der Vermieter nicht nur dem Vater, sondern auch dem Kinde gegenüber hafte und verpflichtet sei, diesem allen aus der Erkrankung entstandenen und noch entstehenden Schaden zu ersetzen. Das ist also eine bis über den Tod des Vaters hinausreichende Haftbarkeit des Vermieters, auf welche das Kind einen rechtlichen Anspruch hat.

— **Brutales Durchhalten.** Der Landrat des Kreises Züllichau-Schwibus (Brandenburg) gibt nach den „Danz. N. N." im „Kreisblatt" bekannt: „Die Besitzer des Rittergutes Starpel, Frau Martha Kowalsky, geb. Rose, und Frau Anny Alexander, geb. Hirschensohn, haben in unerhörter Weise gegen die Anordnung über Speisefette verstoßen, **indem sie fortwährend reine Sahne getrunken, bei weitem nicht die erforderliche Menge Butter abgeliefert und jedesmal bei ihrer Abreise mehrere Pfund Butter, zuletzt 15 bis 20 Pfund, mitgenommen haben. Auch zum Kuchen ist sehr viel Butter verbraucht und der Kuchen noch mit Butter gestrichen worden. Ich bringe dies pflichtvergessene Verhalten hiermit zur öffentlichen Kenntnis."**

Sendet die Danziger
Volkswacht
euren Söhnen und Männern ins Feld!
Sie werden es euch danken!

Aus Westpreußen

Elbing

Reichstagsabgeordneter Genosse Philipp Scheidemann

spricht am Sonntag, den 4. November, nachmittags 2 Uhr, i[m] großen Saale des Volkshauses, Holzstraße, in öffentlicher Vol[ks]versammlung über das zurzeit wichtigste politische Them[a] **„Sozialdemokratie, Verständigungsfriede u. Vaterlandspartei"**

Scheidemann, den der Würzburger Parteitag zum Vo[r]sitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewäh[lt] hat, ist unstreitig der bedeutendste deutsche demokratisch[e] Politiker. Er steht im Mittelpunkt des politischen Ringens [in] Deutschland. Um ihn und seinen Namen kämpfen die Freun[de] des Volkes und seine Gegner um den Verständigungs- od[er] den brutal vergewaltigenden Eroberungsfrieden.

Wer Interesse am öffentlichen politischen Leben hat, soll[te] diese für Elbing wichtige Versammlung nicht versäumen.

Elbing, 24. Oktober. Wegen Nahrungsmittelfä[l]schung und Wuchers hatten sich der technische Direktor und d[er] geschäftsführende Direktor **der Brauerei „Englisch Brunnen"** zu ve[r]antworten, weil sie angeblich nicht einwandfreies Bier zu übermäß[ig] hohen Preisen verkauft hatten. Im Frühjahr 1917, als die Stra[f]kammer Elbing sich bereits mit der Sache zu beschäftigen hatte, b[e]antragte der Staatsanwalt im Hinblick auf den großen Umsatz [an] jenem Bier und andere Umstände **700 000 Mark Geldstrafe oder** zw[ei] **Jahre Gefängnis,** doch erkannte die Strafkammer zwecks Hera[n]ziehung von Sachverständigen auf Vertagung. Zu der heute [anbe]raumten Verhandlung war eine ganze Reihe namhafter Sachv[er]ständiger geladen, deren Mehrzahl sich auf den Standpunkt stell[te,] daß weder eine Nahrungsmittelfälschung noch eine übermäßige Pre[is]steigerung vorliegt. Professor Windisch vom Berliner Institut [für] Gärungsgewerbe, einem Unternehmen der Großbrauereien, st[ellte] sogar der Kunst des angeklagten technischen Brauereileiters, [der] unter den schwierigen Kriegsverhältnissen das bestmöglichste Bier [zu] erzielen vermocht habe, ein glänzendes Zeugnis aus. Der Staa[ts]anwalt, der ausrechnete, daß die Brauerei 2 Mark zuviel für d[en] Hektoliter gefordert und demgemäß einen übermäßigen Gewinn [er]zielt habe, **beantragte gegen die beiden Angeklagten je 52 460 Ma[rk]** Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte, da zu einer Verurteilung au[s]reichende Unterlagen nicht vorhanden gewesen, auf Freisprechun[g.]

Das Urteil sprach aber deutlich aus, daß die Preisberechnu[ng] über die zulässige Grenze gegangen sei und mit **mehr als zulässig[e]** **„Sicherheiten"** rechnete. Die Begründung erklärte: **Die erhebliche[n] Abschreibungen mußten Bedenken erregen und auch manches and[ere] war so, daß man einen übermäßigen Gewinn annehmen konn[te.] Wunderbar bleibt insonderheit die große Abschreibung in Marienbu[rg] auf ein unbebautes Grundstück. In einzelnen Punkten ist ersichtli[ch,] daß der Gewinn hat niedergedrückt werden sollen.** Indes hat d[er] Gerichtshof zugunsten der Angeklagten angenommen, **daß diese übe[r]mäßigen Abschreibungen sich durch die Kriegswirtschaft rechtfertig[en] lassen behufs Beschaffung größerer Reserven zur Uebertretung in [die] Friedenswirtschaft. Der Verdacht besteht allerdings, daß das Bi[er,] wie der Staatsanwalt dargelegt hat, um 2 Mark zu teuer verka[uft] wurde.** Indes reicht auch hier das beigebrachte Beweismaterial [zu] einer Verurteilung nicht aus.

Ostelbische Kultur

Unsittliche, fast unglaubliche Zustände herrschen auf de[m] Rittergut des General-Landschaftsdirektors Meyer-Rottmann[s]dorf. Geht man die Chaussee vom Bahnhof Praust nach de[m] Landkreis Danziger Höhe, so passiert man nach ½stündige[m] Wege das Rittergut Rottmannsdorf. Seitlich an der Lan[d]straße nach Tiefensee sind am Rande eines schmalen Wäldche[ns] die Insthäuser. An einer Stelle liegen 6 Katen ziemlich di[cht] beieinander, in welchen wohl 22 Familien mit etwa 1[..] Köpfen wohnen. Diese Häuser stehen bereits jahrlang u[nd] sind stets mit kinderreichen Familien bewohnt. Man sol[lte] annehmen, daß sich bei den Wohnungen auch Abortanlag[en] befinden müßten. Für die 22 Familien der armen Instleu[te] ist trotz der langen Jahre, seit welcher die Wohnstätten [er]richtet sind, keine Abortanlagen vorhanden. Die Notdu[rft] müssen die Bewohner in dem schmalen Wäldchen verrichte[n,] welches auch von den dort beschäftigten russischen Kriegsgefa[n]genen wegen ungenügender Abortanlage in Anspruch geno[m]men wird. Man sollte nicht glauben, daß in einem Kulturla[nd] noch solche Zustände herrschen können, und doch kann [sich] jeder, der das Wäldchen passiert, von der Richtigkeit des G[e]sagten überzeugen.

Marienburg, 25. Oktober. Ein mächtiges Feuer wü[tete] in der vergangenen Nacht in dem benachbarten Klein-Heringsh[of,] wo die Wirtschaftsgebäude des Gutsbesitzers Bartel vollständig [ein] Raub der Flammen wurden. Gerettet konnte nur wenig werden. Diebstähle im Marienburger Werder sind jetzt an der Tag[es]ordnung. Dem Hofbesitzer Hermann Wiens in Bröske wurde na[chts] ein Bullkalb von der Weide und dem Gutsbesitzer Max Joost [in] Kunzendorf fünf Stück Jungvieh vom Kunzendorfer Außend[eich] gestohlen.

Aus aller Welt

— **Folgendes zeitgemäßes Heiratsgesuch** fand sich die[ser] Tage im „Hann. Anz.": „Hallo! Suche für meinen Freu[nd] Landwirt, 30 Jahre, stattlich, pass. Verkehr mit junger Da[me,] am liebsten junger Witwe, zw. spät. Heirat. Gute Einschla[ch]tung vorhanden. Bitte Photographie mit einsenden, erf. ba[ld] zurück. Off. unt. B. 134 an die Exp. d. Bl." — Wenn das n[icht] zieht, zieht gar nichts mehr! Wir sehen schon im Geiste, [wie] sich die jungen Damen nach den wohlgefüllten Fleischtöpfen [des] betreffenden Landwirts drängen, wie sie seine saftigen Schin[ken] und fetten Speckseiten begehren. Der Heiratskandidat se[lbst] wird schließlich als Knochenbeilage mit in den Kauf genomm[en.] — Unsere Zeit bringt seltene Blüten am Baume des Leb[ens] hervor!

Aus dem Simplicissimus

Bei meiner Fürsorgetätigkeit im Lazarett komme ich mit ein[em] Austauschverwundeten, einem jungen Vizefeldwebel, ins Gesp[räch.] Er erzählt von seinem einjährigen Aufenthalt in Rußland, von [der] verhältnismäßig guten Behandlung, die er dort erfahren hat, [und] von der Erlösung aus der Gefangenschaft durch den Austausch. [Die] Rückkehr nach Deutschland durch Schweden hat einen ergreifen[den] Eindruck auf die Krieger gemacht, insbesondere durch die liebe[volle,] würdige Aufnahme in Schweden. Der Verwundete erzählt d[ann] weiter: „In Saßnitz wurden wir von dem Roten Kreuz in Empf[ang] genommen. Es standen Körbe mit Rosen und Körbe mit M[ai]blumen zur Verteilung bereit. Eine Dame trat mit einem Ro[sen]strauß auf mich zu, machte jedoch, als sie meine Charge sah, plöt[zlich] Halt, sagte: „Sie sind kein Offizier," und die Rosen wanderte[n in] den Korb zurück, während mir aus dem für Nichtoffiziere be[stimmten] Korbe ein Maiblumenstrauß überreicht wurde. Ich m[...] in Deutschland waren.

Massenaufgebot der Herren Professoren wird niemand aus dem Gleichgewicht bringen. Höchstens ist erfreulich, daß die Herren selber der Ueberzeugung zu sein scheinen, bei ihnen müsse es die Masse machen. Woher diese volks- und weltfremden Leute wissen, daß der deutsche Reichstag keine Volksvertretung ist, scheint Geheimnis ihrer politischen Chemie. Dem preußischen Abgeordnetenhause und selbst dem geborenen und ernannten Herrenhause haben sie das Recht der Volksvertretung noch niemals bestritten. Wir hätten aber beinahe übersehen, daß in diesem wunderbaren Hause der Erlauchten und Erhabenen auch mehrere Magnifizenzen als amtliche Vertreter der deutschen Hochschulen sitzen. Daher also . . . .

Abänderung der Schnellzugszuschläge?

Die sächsische Regierung läßt mitteilen, daß nach einer Beratung mit Vertretern von Handel und Industrie und sonstigen Interessenten eine Nachprüfung der dort gegebenen Anregung auf Abänderung der Schnellzugszuschläge vorgenommen werden soll.

Dänemark

Stauning über Krieg und Frieden

In einer von der dänischen Händlerorganisation veranstalteten Versammlung sprach unser Genosse, der Minister Stauning, über Krieg und Frieden. Er ging von einer Darstellung der Politik aus, die die Katastrophe herbeiführte, wies darauf hin, daß man in allen Ländern die sozialdemokratische Forderung: internationales Schiedsgericht und Abrüstung bekämpft hätte, und führte dann u. a. folgendes aus:

Jetzt, da die Welt von Hungersnot bedroht ist, lehnen die Staatsmänner trotzdem ab, vom Frieden zu sprechen; sie sagen, daß erst der Sieg errungen werden müsse. Der Zeitpunkt des Sieges ist vom englischen Ministerpräsidenten wiederum um einige Monate verschoben worden unter gleichzeitiger Nennung der noch zu erzielenden Eroberungen. Friede ohne Eroberungen, wie das Programm des revolutionären Rußland es fordert, müsse das Programm der internationalen Sozialdemokratie werden; das Streben aller Neutralen muß sein, dies Programm durchzuführen.

Man spricht von der Notwendigkeit einer Demokratisierung Deutschlands. Auch wir wünschen mit den Deutschen diese Demokratisierung! Aber wir sehen nicht ein, warum sie durch greuelvolle und blutige Opfer erreicht werden muß. Wir sind davon überzeugt, daß die Demokratie auch ohne Krieg verwirklicht werden wird; und wir sind der Ansicht, daß die Demokratisierung überall in der Welt, wo sie nötig ist — und dies ist nicht nur in Deutschland der Fall! — sich durchsetzen wird.

Auf die von der dänischen Partei entfaltete Friedenstätigkeit eingehend, meinte Stauning, daß diese Bestrebungen nicht als gescheitert anzusehen seien. Ueberall besteht eine gewaltig wachsende Friedensbewegung unter den Völkern, und das, was jetzt als Erlösung für alle Länder von Staatsmännern wie auch vom Papst und den Arbeitern gefordert wird, ist das alte Programm der Sozialdemokratie: Abrüstung, internationales Schiedsgericht und Friede ohne Sieger und Besiegte. Wir setzen unsere Tätigkeit unbeirrt vom Widerstand der Konservativen fort, wir haben unsere Mittel zur Vorbereitung des Verständigungsfriedens, der die Hoffnung der Völker ist, nicht erschöpft. Wenn einmal in den Ländern die Abrechnung kommt, wird nicht vergessen werden, wer für den Krieg und seine bitteren Folgen die Verantwortung trägt. Und diese Abrechnung wird die Länder in demokratischer und sozialistischer Richtung fördern und den dauernden Frieden sichern!

Rußland

Starkes Friedensdrängen

„Nowoja Shisn", das Blatt Maxim Gorkis, schreibt, daß trotz aller Trostversuche von rechts der Gedanke, Petersburg zu räumen, die Entscheidung des Krieges bedeute. Die vorläufige Regierung dürfe nicht das Signal zu einer allgemeinen Flucht geben, sondern müsse versuchen, den Winter hindurch den Feind von der Hauptstadt fernzuhalten, und diese Frist zu einem möglichst schnellen Friedensschluß ausnutzen. Nicht vom Standpunkt eines Revolutionärs, sondern auch vom Standpunkt des nüchtern denkenden Staatsbürgers aus betrachtet, sei die auswärtige Politik der vorläufigen Regierung ein an Verbrechen grenzender Leichtsinn. Terestschenko habe den Augenblick, als Deutschland das Terrain für einen Friedensschluß sondiert habe, verpaßt. Wenn man so weiter wirtschafte, werde man sich im Frühjahr den Frieden diktieren lassen müssen. Die Räumung Petersburgs bedeute das Ende der Revolution und des Krieges, denn ohne Petersburg könne Rußland den Krieg nicht weiterführen.

Die Gewerkschaften in Petersburg

Die Handelsindustrielle Zeitung (Torgowo-promyschlowaja Gaseta) bringt in ihrer Nummer vom 15. September folgende Angaben über den Entwickelungsgrad der Gewerkschaftsbewegung in Petersburg während der letzten Zeit:

	Mitgliederzahl im		
	April	Mai	Juni
Verband der Metallarbeiter . . .	—	54 000	70 000
„ „ Druckereiarbeiter . .	12 000	—	—
„ „ Holzarbeiter . . .	7 000	—	15 000
„ „ Textilarbeiter . . .	16 000	18 000	25 000
„ „ Fellarbeiter . . .	4 000	15 000	—
„ „ Handelsgehilfen . .	5 000	12 000	25 000

Italien

Ihr Elenden hört nicht die Seufzer!

Ein Tagebuch, das kürzlich bei einem Soldaten des italienischen Infanterie-Regiments Nr. 28 gefunden worden ist, mit Kupferstich aus den Verteidigungsanlagen zusammengeheftet, spricht eine beredte Sprache. Es heißt in den Aufzeichnungen:

„Wir ziehen zum Bahnhof. O, wie hattet ihr recht, ihr wohlgesinnten Patrioten, wie ging euch das Herz über! Aber sagt uns doch, warum brüllt ihr „Vorwärts!" und seid doch zu Hause geblieben, fern von Kugelregen und Kampf, entrückt der Gefahr? Den armen Soldaten rufet ihr zu: „Es lebe der Krieg!" Geht doch selbst, wenn ihr den Mut habt, hinaus auf jene blutigen Felder, wo die Bajonette blitzen. Geht doch voran, ihr Niedrigen, ihr Falschen, wenn ihr ein tapferes Herz habt, wie die Alpini, die barfuß in die Nacht hinauszogen, um den Krieg zu erobern! Ihr bleibet aber inzwischen in weißen Betten und ließet euch nichts angehen. Oder ihr zechtet Champagner in den Kaffeehäusern. Auf den öffentlichen Plätzen schriet ihr „Evviva la guerra!" O ihr Feiglinge, ihr Elenden, ihr Tagediebe! Kommt doch hierher in das Land, das ihr das eure nennt, wo die Geschütze euch erwarten. Ergreift das Gewehr und kommt zu uns in den Schützengräben. Aber hütet euch wohl, ihr schmutzigen Seelen, Egoisten des Lebens. Ihr verdient den Galgen, seid wert, daß man euch die Nägel von den Fingern reißt. Macht doch endlich einmal ein Ende! Ihr Elenden hört nicht Seufzer und Stöhnen! Ihr seid in Sicherheit. Aber auf dem Grabe von uns armen Hingemordeten werden im Frühjahr Blumen wachsen, die einen reinen und heiligen Gedanken verkünden: den Gedanken an unsere Rache, die euch verfolgen und treffen wird."

So denkt und schreibt ein italienischer Soldat! Einer?

Kriegswirtschaft

Die größte Obsternte seit 70 Jahren

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: „Die bisherige Aepfel- und Birnenernte ist, soweit das Rhein-Main-Gebiet in Frage kommt, die ergiebigste seit dem Jahre 1847. Welch hohe Summen der Landwirtschaft hierdurch zufließen, zeigt u. a. die Einnahme im Bezirk Alzenau, in dem man bis jetzt über 6 Millionen Mark Obst verkaufte. Aus Rheinhessen wird berichtet, daß infolge der glänzenden Frühobst- und Spargelernte und der reichen Weinernte das Vermögen der Bevölkerung eine Steigerung von weit über 100 Millionen Mark erfahren habe. Einen Rekord der Obsternte dürfte die nur einige hundert Einwohner zählende Gemeinde Haulen (Bezirk Oberamburg) erzielt haben, die bisher über 400 000 Mark für ihr Obst löste." Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bundes der Landwirte, hat es bisher immer so darzustellen gesucht, als ob die deutsche Landwirtschaft bei dem Kriege Verluste erleidet. Die Meldungen über die Einnahmen aus der Obsternte klingen anders. Die unerhört hohen Preise sind aber „notwendig", das geht aus den Riesengewinnen hervor.

Kartoffellieferungen nach dem Ausland

Man schreibt dem „Vorwärts":

Die Schweiz ist in der glücklichen Lage über ein großes Quantum aus Deutschland eingeführte Kartoffeln zu verfügen, die in Bern zum Preise von 6 Francs pro Zentner an die Bevölkerung abgegeben werden. Die Versorgung ist sehr reichlich, vorläufig kann auf den Kopf der Bevölkerung ein Zentner abgegeben werden. Das Angebot an schöner Ware ist so groß, daß die Schweizer Zentralstelle in der Lage ist, alle eingehenden Aufträge in kurzer Frist auszuführen. Nach Schweden ist, wie berichtet wird, gleichfalls ein großer Posten Kartoffeln aus Deutschland ausgeführt.

Ist dieses Verfahren der deutschen Regierung nicht sehr bedenklich? Selbst wenn von den hier genannten Staaten eine Kompensation gewährt wird, so bedeutet die Ausfuhr von Lebensmitteln im hohen Maße eine Gefährdung unseres eigenen Volkes. Wir haben eine gute Kartoffelernte, aber es wäre sehr gewagt, anzunehmen, daß wir im Ueberfluß schwimmen. Die gegenwärtige Kartoffelration von 7 Pfund pro Woche genügt für sehr viele Familien nicht, und der Wunsch nach einer Erhöhung ist durchaus berechtigt. Mit welchem Empfinden muß unsere Bevölkerung wahrnehmen, daß Kartoffeln ausgeführt werden, während im eigenen Lande die Versorgung ungenügend ist?

Hiernach kostet der Zentner also nur 4,80 Mk. Der Einkauf muß also weit unter dem in Deutschland geltenden Höchstpreise erfolgt sein.

Fünfundzwanzig Prozent sind nicht genug!

Gegen den Vorschlag des Aufsichtsrates, 25 Prozent Dividende zu zahlen, wendet sich ein Teil der Aktionäre der Munitionsfabrik Heinrichs u. Auffermann in Beyenburg und Barmen-Rittershausen A.-G. Sie tun dies nun nicht deshalb, weil ihnen ein Kapitalgewinn von einem Viertel der Einlage in einem einzigen Jahre als wucherisch erscheint, sondern weil ihnen fünfundzwanzig Prozent Dividende nicht genügen. Diese Draufgänger auf der Dividendenjagd, die von dem Bankhause S. u. R. Culp in Barmen angeführt werden, vertreten den Standpunkt, daß die vom Aufsichtsrate vorgeschlagene Dividende dem dereinstigen Reingewinne nicht entspreche. Dieser Reingewinn, der im vorigen Geschäftsjahre noch rund 2 Millionen Mark betrug, ist jetzt auf 4 110 000 Mark gestiegen. Ferner hatte der Aufsichtsrat eine Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Million (von 2 auf 3 Millionen) vorgeschlagen. Auch diese Erhöhung genügt dem erwähnten Teil der Aktionäre nicht. Der Reingewinn des letzten Jahres hat also in dieser Munitionsfabrik das Aktienkapital um mehr als das Doppelte überstiegen. Diese interessante Tatsache soll dem Reichsschatzsekretär als Fingerzeig dienen, wo und wie leicht und schmerzlos Beiträge zu den Kriegskosten zu haben wären.

Wie's gemacht wird!

In einwöchiger Verhandlung befaßte sich die Kölner Strafkammer mit schwerwiegenden Vergehen gegen die Kölner Gutsbesitzerfamilie Bremer, die das größte landwirtschaftliche Unternehmen der Rheinprovinz betreibt. Fast alle Kriegsverordnungen kamen bei der Verhandlung in Frage, und der Prozeß hielt im Rheinlande schon wochenlang vorher alle Gemüter in Spannung. Die Bremers standen in einem besonderen Vertrauensverhältnis zur Kölner Stadtverwaltung; sie hatten u. a. die Säuglingsmilch für ganz Köln zu beschaffen. Sie verkauften indessen ohne Marken und unter Umgehung der Höchstpreise an Kaufhäuser, Wirtschaften und zahllose besitzende Private gewaltige Mengen Milch, Käse, Butter, Sahne, Fleisch aller Art, alle denkbaren Sorten Mehle und Grieße, Marmelade, Bohnen, Kartoffeln, Kakao usw. in gewaltigen Mengen. Allein für das Restaurant Zoologischer Garten betrugen die Rechnungen etwa 9000 Mk. im Monat. 300 bis 400 Liter Vollmilch wurden täglich verbotswidrig verbuttert. Regierungsrat Stinnes — dies alles wurde durch Zeugen festgestellt — beglich Rechnungen von 700 bis 2000 Mk. Er zahlte gewaltige Preise für alle Fleischsorten, bis 10 Mk. das Pfund. Auch der Major Rintelen vom Kölner Gouvernement gehörte zu den täglichen Beziehern von Vollmilch, die den Säuglingen und Kranken entzogen wurde. Er ließ alle seine Waren täglich von einem Gefreiten, die sogenannte „Sahne-Ordonnanz", abholen. Eier wurden bis zu 500 Stück (Preis 75 Pf.) auf einmal abgesetzt; für das Pfund Zucker waren 4 Mk. zu zahlen. Von der Rheinischen Brotfabrik bezogen Bremers allein wöchentlich bis zu 50 Laib Brote ohne Marken. Zahlreiche verbotene Hausschlachtungen wurden festgestellt. Wenn geschlachtet wurde, verließen zahlreiche Herrschaften, mit Paketen beladen, das Privathaus der Bremers, das, wie das Gut selbst, unmittelbar vor den Toren Kölns liegt. Bremers hatten täglich bis zu 4500 Liter Säuglingsmilch an die Stadt zu liefern, die überdies noch in ganz unerhörter Weise verwässert wurde, in einem Falle mit schmutzigem Badewasser. Die Besitzer fühlten sich vor ihren Angestellten, die zum Teil mit ihnen schmuggelten und fälschten, ziemlich sicher, bis sich schließlich die Kontoristin Morr in Gewissensbedenken an den Reichstagsabgeordneten Meerfeld wandte, der die ganze Sache dem damaligen Oberbürgermeister Wallraf unterbreitete; so kam der Stein ins Rollen. Die Verhandlung ergab noch, daß gegen 100 Kölner Bürger, darunter sehr wohlvermögende, bedeutende Persönlichkeiten, als verbotswidrige Abnehmer der Bremers Strafverfahren schweben. Auch ein Verfahren wegen Bestechung von Polizeibeamten ist eingeleitet; mehrfache Anzeigen hatten auffallenderweise nicht das gewünschte Ergebnis. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Josef Bremer jun. 3 Jahre Gefängnis, gegen Frau Bremer sen. 2 Jahre Gefängnis, ferner gegen diese beiden und die übrigen drei Angeklagten rund 154 000 Mk. Geldstrafe. Für je 10 Mk. Geldstrafe im Nichtbeitreibungsfalle 1 Tag Gefängnis, ferner auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die beiden Hauptangeklagten auf die Dauer von 5 Jahren. Das Urteil wurde am 4. Oktober gesprochen.

Die Kölner Strafkammer verkündete in Sachen Bremer folgendes Urteil: Josef Bremer jun.: 1 Jahr 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft sowie 54 200 Mk. Geldstrafe; Frau Bremer: 1 Jahr Gefängnis. Ihr werden ebenfalls 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet. 24 600 Mk. Geldstrafe; Josef Bremer sen.: 8000 Mk. Geldstrafe; Michael Bremer: 4 Monate Gefängnis und 19 500 Mk. Geldstrafe; Paul Bremer: 500 Mk. Geldstrafe. — Für je 10 Mk. Geldstrafe wird im Nichtbeitreibungsfalle 1 Tag Gefängnis verhängt.

Kaffee-Mucker

Der Kaufmann Ernst Gottschalk aus Dessau wurde vom Schöffengericht Halberstadt wegen übermäßiger Preissteigerung zu 9788 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er an zwei Ladungen Kaffee 4869 Mk. unberechtigten Verdienst gehabt hat. Von der weitergehenden Anklage, beim Verkauf von 5000 Dosen Reiskonserven 15 Prozent statt 9 bis 10 Prozent zulässigen Verdienst genommen zu haben, erfolgte Freisprechung.

Aus der Partei

Das Echo von Würzburg

Die Parteipresse ist mit dem Verlauf des Würzburger Parteitages durchweg einverstanden. Alle Blätter drücken ihre hohe Befriedigung darüber aus, daß der Parteitag ein so erhebendes Bild innerer Einigkeit und Geschlossenheit geboten habe. Sie anerkennen den neuen Geist, von dem die Verhandlungen des Parteitages getragen waren, ohne daß die Partei von ihrer alten Kampfentschlossenheit einbüßte.

Auch die Presse der „Unabhängigen", die süß-sauer die Verhandlungen des Parteitages bespricht, sieht sich zu dem Eingeständnis gezwungen, daß wenigstens in bezug auf die Wirtschaftsfragen und die sozialpolitischen Aufgaben der Parteitag gute Arbeit geleistet habe. Der Linken hält sie vor, daß sie sich bei den Verhandlungen als bedeutungslos und ohnmächtig erwiesen habe und folgert daraus, daß sich die Linke nun bedingungslos den „Unabhängigen" anschließen müsse. Die Art, in der Genosse Hoch den Standpunkt der heutigen Fraktionsminderheit verteidigte, eröffnet jedoch keine Aussichten für einen Zuwachs der „Unabhängigen" aus dem Lager unserer Partei. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß die Proletarier, die mit ihren Sympathien auf der Seite der „Unabhängigen" stehen, sich zu der Partei zurückfinden werden, die die praktische Arbeit in den Mittelpunkt ihrer Wirksamkeit gestellt hat.

Molkenbuhr gegen Mehring

In Nr. 244 der „Leipziger Volkszeitung" entrüstet Mehring sich darüber, daß ich einen Satz aus seinen Schriften zitiert habe. Er behauptet, ich habe den Satz in entstellter und verdrehter Form wiedergegeben. In dem Parteitagsbericht ist er dem Sinne nach richtig, aber wörtlich nicht ganz genau abgedruckt. Er lautet: „Es gibt im öffentlichen Leben nicht leicht ärgere Jesuiten als die bornierten Radikalen, die, mit ihrer Tugendhaftigkeit prozend, vor den ärgsten Verleumdungen nicht zurückzuscheuen pflegen." Mehring hat diese Ansicht nicht nur in Grünbergs „Archiv", sondern auch in seiner Heine-Biographie, in den von ihm im Vorwärtsverlag herausgegebenen Werken H. Heines, zum Ausdruck gebracht. Er behauptet nun, daß er damit nur Ludwig Börne habe treffen wollen. Wäre das zutreffend, dann würde er wohl geschrieben haben: „Es hat im öffentlichen Leben nicht leicht einen ärgeren Jesuiten gegeben als Ludwig Börne usw." So scharf wollte er Börne nicht verurteilen. Er suchte nach einem Fehler, mit dem viele Radikale behaftet sind, und wies nun nach, daß auch Börne nicht frei von diesem vielfach vorkommenden Fehler war. Mehring ist wohl zu diesem Satz nach vielfacher genauer Beobachtung gekommen und hat deshalb dieselbe Ansicht mehrfach niedergeschrieben. Daß jetzt er und seine Freunde durch ihre Reden und Schreiben die Richtigkeit dieses Satzes beweisen, wird kein vorurteilsloser Beobachter bestreiten. Wenn er sich darüber ärgert, dieses öffentlich festgestellt zu sehen, dann ist es nicht meine Schuld. Solange Mehring nicht selbst feststellt, daß eigentlich das Gegenteil von dem wahr ist, was er selbst vor einigen Jahren mehrfach als zutreffend an dem Beispiel Börne nachgewiesen hat, werde ich ihn als klassischen Zeugen für manche Erscheinung der Neuzeit anführen. Sind viele der Getroffenen auch sonst nicht mit Börne zu vergleichen, so können sie ihn doch in den Fehlern weit überragen.

H. Molkenbuhr.

Soziales

Abfindung von Kriegerwitwen

Durch die Tagespresse läuft eine Mitteilung, die die Abfindung von Kriegerwitwen betrifft, die erneut eine Ehe eingehen. Da diese Mitteilung die Sachlage durchaus unzutreffend schildert, wollen wir hier noch einmal das Folgende betonen:

Das Militärhinterbliebenengesetz sieht eine Abfindung der sich wiederverheirateten Witwen nicht vor. Das hindert in manchen Fällen die Wiederverheiratung und führt zu sogenannten wilden Ehen. Aus einem der Regierung in unbegrenzter Höhe durch den Reichshaushalt gestellten Fonds werden nunmehr seit Anfang d. J. auch bestimmte Abfindungen an Kriegerwitwen gewährt. Voraussetzung für die Abfindung ist einmal das Vorhandensein eines Bedürfnisses zur Abfindung und zweitens der Bezug eines Kriegswitwengeldes aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges. Der Begriff dieses Kriegswitwengeldes wird nun in der eingangs erwähnten Notiz in der Tagespresse vollständig verkannt. Es wird da gesagt, daß lediglich die jährliche Kriegsversorgung in Betracht komme und die betrage bei der Witwe eines gemeinen Soldaten 100 Mk., bei der eines Unteroffiziers 200 Mk. und der eines Feldwebels 300 Mk. Da das Zweieinhalbfache dieses Betrages als Abfindung gewährt werden könne, betrage die Abfindung also 250, 500 und 750 Mk. Das ist durchaus unzutreffend. Die obenerwähnten Summen von 100, 200 und 300 Mk. stellen den Mehrbetrag der Kriegsversorgung gegenüber der sogenannten allgemeinen Versorgung dar. Aber nicht nur diese Mehrbeträge sind Kriegsversorgung, sondern Kriegsversorgung ist das gesamte Witwengeld, das einer Witwe gewährt wird.

So ist die Sachlage immer angesehen und gehandhabt worden. Da das Witwengeld bei einer Witwe des gewöhnlichen Soldaten 400 Mk., der eines Unteroffiziers, Sergeanten usw. 500 Mk. und 600 Mk. für die Witwe eines Feldwebels usw. beträgt, und da eine Abfindung bis zur 2½ fachen Höhe dieser Rente gewährt werden kann, beträgt die Abfindung also im Höchstfalle 1000 bezw. 1250 bezw. 1500 Mk. In der Regel sollen nur solche Witwen berücksichtigt werden, die das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Die Bewilligung erfolgt auf Antrag. Sie kann in besonders gearteten Fällen ausnahmsweise auch für die zurückliegende Zeit erfolgen. Gesuche sind an die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene oder an die Ortspolizeibehörden zu richten, die sie weiterzugeben haben. Aus den Anträgen muß hervorgehen, zu welchem besonderen Zweck (Beschaffung einer Aussteuer von Möbeln, eines Geschäfts aus Anlaß der Wiederverheiratung) die Abfindungssumme Verwendung finden soll.

Die Auszahlung der Abfindungssumme erfolgt nach der Wiederverheiratung gegen Vorlage der standesamtlichen Heiratsurkunde. Vor der Verheiratung ist jedoch die Verständigung mit der Behörde über die Gewährung der Abfindung herbeizuführen. Es hängt die Gewährung vom pflichtgemäßen Ermessen der Heeresverwaltung ab. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

Die Abfindungssumme gilt als Vorschuß für den Fall, daß später eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit mit rückwirkender Kraft eintreten soll.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. P.

Sozialdemokrat Verein Elbing

Sonntag den 4. November, nachm. 2 Uhr im Volkshaus Holzstrasse:

Grosse öffentliche Versammlung

Vortrag des Reichstagsabgeordneten

Scheidemann-Berlin

über:

„Sozialdemokratie, Verständigungsfriede und Vaterlandspartei"

Zutritt jedermann gestattet

Zur Deckung der Unkosten finden freiwillige Sammlungen statt. ▫ ▫ ▫ Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand. 286

Bekanntmachung.

E. 3. 50/8. 17. KRA. K. St. Id Nr. 7680

Am 18. Oktober 1917 tritt eine neue Bekanntmachung E. 50/8. 17 KRA betreffend

Beschlagnahme und Bestandserhebung von Stab-, Form- und Moniereisen, Stab- und Formstahl, Blechen und Röhren aus Eisen und Stahl, Grauguß, Temperguß, Stahlguß

in Kraft getreten, die am 12. Oktober 1917 durch das Kriegsministerium im Reichsanzeiger Nr. 245 veröffentlicht worden ist.

Durch diese Bekanntmachung, welche der Wichtigkeit wegen nochmals in den Regierungsamts- und in Kreisblättern abgedruckt wird, ist die Bekanntmachung Nr. E. 1091/5. 17 KRA vom 7. Juni 1917 außer Kraft gesetzt worden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 27. Oktober 1917. 283

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

K. St. I 1. Nr. 606.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Ges.-Samml. 451) und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (R. G. Bl. S. 813) wird folgendes bestimmt für den gesamten Befehlsbereich des stellv. XVII. A. K. einschl. der Festungen.

§ 1.

Die Besitzer von Kauffahrteischiffen, die in einem im Bezirke des stellv. XVII. A. K. gelegenen Hafen gelöscht oder beladen werden oder bunkern sollen, haben hiervon rechtzeitig der Ausgleichstelle für Handelsschiffsraum (Seeschiffahrt) der Schiffahrtsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens, Hamburg, Mönckebergstr. 7 (Telegrammadresse: Schiffsausgleich Hamburg) Mitteilung zu machen (Meldepflicht und die Genehmigung der Ausgleichstelle einzuholen, daß das Schiff in einem Hafen des Korpsbezirks löschen, laden oder bunkern darf (Lösch-, Lade- und Bunkererlaubnis)).

Ohne diese Genehmigung ist das Löschen, Laden und Bunkern von Kauffahrteischiffen in den Häfen des Korpsbezirkes verboten, es sei denn, daß sich das Schiff oder Ladung in Gefahr befindet.

§ 2.

Von dem Nachweis der Lösch-, Lade- und Bunkererlaubnis (§ 1) kann bei denjenigen Besitzern von Kauffahrteischiffen abgesehen werden, die sich der Ausgleichstelle für Handelsschiffsraum gegenüber schriftlich bereits erklärt haben, daß diese ohne Haftung für etwa entstehende Kosten den Fahrzeugen bei Verkehrsschwierigkeiten den Lade- bezw. Lösch- oder Bunkerhafen anweist.

§ 3.

Die Anordnung und die Befugnisse der Reichsmarinebehörden werden durch diese Verordnung nicht berührt. Auf die im Auftrage von Reichsmarinebehörden fahrenden Schiffe findet die Verordnung keine Anwendung.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 5.

Die Verordnung tritt am 1. 11. 17 in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 17. Oktober 1917. 284

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Schutzmarke

Sorgt für den Winter!

Dr. Gentner's

Schuhfett Tranolin

ist jetzt noch zu haben, decken Sie daher noch rechtzeitig Ihren Bedarf.
Schuhfett Tranolin
erhält das Leder weich und macht es wasserdicht und dauerhaft.
Hübsche Marine-Postkarten u. Plakate.
Fabrikant:
Carl Gentner, chem. Fabrik, Göppingen. 285

Berufskleidung

für jeden Handwerksbetrieb,

272

Aerztemäntel
Operationsmäntel

empfehlen zu mässigen Preisen

Walter & Fleck

Dr. Ed. David MdR.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1,— Mk.

Drucksachen

aller Art für Handel und Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller und preiswerter Ausführung in Flach- u. Rotationsdruck

Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse 32

Uebergangswirtschaft und Arbeiterinteressen.
Von **Paul Umbreit.** Preis **50** Pf.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

F. Dinse Globus Theater

Heute Sonnabend 8 Uhr
3½ **Morgen Sonntag** 7 Uhr
und
Das **neue** auserwählte, erstklassige **November**-**Spezialitäten-Programm.**
U. a. U. a.

Franz Rivoli Deutschlands weltberühmt. Altmeister der Darstellungskunst
...... **Vom Wintergarten in Berlin.** ......

Fritz Waldow sächs. Komiker Der Liebling Danzigs

Franziska van Heli Die beste Xylophon-Künstlerin

! **Willi Dickow** komischer Bauchredner mit **Max u. Moritz** !

Elfriede Schall, Konzert-Sängerin
ferner:
Das gemütvolle, glänzende Repertoire-Stück
Aus dem Goldlande zurück!
Zeitbild mit Gesang. Schlager I. Ranges!
—— **Eine Spielfolge I. Ranges!** ——

Altstädtisches Gesellschaftshaus
Inhaber Ludwig Wuttke ⚭ Niedere Seigen 8

Übungssaal
des 280
Gesangvereins „Sängergruss"
M. d. A. S. B. Dirigent: Herr **Lerch** Gegr. 1892
Uebungsstunden:
Dienstags und Mittwochs 8½ bis 10½ Uhr

Echt gefachelten garant. rein. **Schnupftabak** offe rier

Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakfachel

Danzig, Ecke Häkergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 242

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen
Julius **Goldstein**
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Neue-Welt-Kalender 1918
erhältlich in der Buchhandlung
Volkswacht.

Zentral-Bibliothek
Danzig
4. Damm 7, II (Eing. Häkerg.)
ca. 2000 Bände
Geöffnet Mittwoch 7—8 Uhr
Sonnabend von 6—8 Uhr
Allen Gewerkschafts- und Parteigenossen zur unentgeltlichen Benutzung auf das wärmste empfohlen
Die Bibliotheksverwaltung

„Volksfürsorge"
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverfall
Man verlange Prospekte von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Wallenbuden 35

Batterien, Taschenlampen, Helius-Leuchter,
Brennstoff, Brenner, Gummilösun
Brennöl, Fahrradöl, Feuerstein
Nähmaschinen, Fahrräder in groß
Auswahl billig.
Gustav Ehms
Fahrradgroßhandlung, 1. Dam
Nr. 22/23, Ecke Breitgasse

Soeben erschienen:
Vom Schreibtisch in den Krieg
Skizzen von
Richard Schiller
Zu beziehen durch
Buchhandlung Volkswacht
Preis 40 Pf.